

Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter
und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands

Nr. 5.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Für Nichtmitglieder durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mark. Fernsprech-Nummer 4423.

Düsseldorf, 1. Februar 1913.

Redakteur: A. Heutmann, Düsseldorf, Kavalleriestr. 22. Expedition u. Druck von Joh. van Nieuwen, Krefeld. Tel.-Nr. 1358. Telegr.-Adresse: Textilverband Düsseldorf.

15. Jahrg.

Der „Textilarbeiter“ auf dem Kampfpfade gegen unseren Verband.

o. Wir sind daran gewöhnt, daß das Organ des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes eine Kampfesweise gegen unseren Verband beliebt, die an Skrupellosigkeit und Gehässigkeit kaum zu übertreffen ist. Anscheinend entspricht dieses der besonderen Veranlagung der Redaktion des „Textilarbeiters“, der neulich noch von einer Seite, die den Genossen nahe steht, bekräftigt wurde, daß eine sachliche Auseinandersetzung mit ihr ausgeschlossen sei — wegen ihrer Unwissenheit und Ueberhebung. Die hohlen Phrasen und persönlichen Angriffe des Redakteurs Krähig, der ja nach seiner eigenen Aussage die „Politik der Nagelschuhe“ bevorzugt, bereiten dem denkenden Leser oft einen physischen Ekel. Das Polemisieren mit solchen Leuten ist deshalb auch keine angenehme und anregende Aufgabe. Trotzdem sind wir im Interesse unserer Bewegung des öfteren gezwungen — wie auch im vorliegenden Falle — uns gegen unseren Willen mit der Haltung des „Textilarbeiters“ zu befassen.

In Nr. 3 vom 17. Januar widmet der „Textilarbeiter“ unserem Verbands einen längeren Leitartikel wegen seiner „schlappen Haltung“ im Münsterlande. Nach dem Artikel sind die Verhältnisse im Münsterlande über alle Maßen schlecht; bei allen größeren Bewegungen ist unser Verband ausgehöhelt und hat die Arbeiter zum Narren gehabt. Die Beweisführung des „Textilarbeiters“ steht auf außerordentlich schwachen Füßen. Er benutzt u. a. die Ausführungen des Kollegen Sistenich auf dem Essener Gewerkschaftskongress zur Beweisführung für seine Behauptungen. Nun sollten die Ausführungen des Kollegen Sistenich auf dem Essener Kongress dazukommen, daß mit dem „Berliner“ System praktisch nichts anzufangen ist. Als Beispiel hierfür wurden vom Kollegen Sistenich die Verhältnisse im Münsterlande besonders herangezogen. In der Tat verdient auch das schroffe Verhalten der im Verband münsterländischer Textilindustriellen vereinigten Arbeitgeber scharfe Beurteilung. Wenn das Organ der „deutschen“ Organisation aber aus dieser Beurteilung schließt, daß unser Verband im Münsterlande nichts tue, um den Textilarbeitern zu ihrem Recht zu verhelfen, so ist das eine böswillige Verleumdung. Gewiß, wir haben wiederholt festgestellt, daß das Verhalten vieler münsterländischer Arbeitgeber uns gegenüber schroff und ablehnend ist. Auch in der Aufbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse muß noch manches getan werden, ehe ein annähernd annehmbarer Zustand erreicht ist.

Trotzdem darf behauptet werden, daß die Verhältnisse im Münsterland einen Vergleich mit Gegenden, in denen der „deutsche“ Verband dominiert und die als Konkurrenzgebiete der Industrie des Münsterlandes in Betracht kommen, sehr gut aushalten können. Wir behaupten ferner, daß unser Verband im Münsterlande mehr getan und erreicht hat, als der „deutsche“ Verband in Bezirken, wo er in gleicher Stärke vertreten ist.

Wer vor ca. 7—10 Jahren die Verhältnisse im Münsterlande gekannt hat, wird zugeben müssen, daß doch ein größerer Unterschied zwischen damals und heute zu finden ist. Arbeiterausschüsse gehörten damals zu den Seltenheiten. In den Betriebskrankenkassen war von der Mitwirkung der Arbeiter fast gar nichts zu merken. Auf dem Gebiete der Lohn- und Arbeitsverhältnisse kam fast ausschließlich der Wille des Arbeitgebers zum Ausdruck. Lehnt auch heute — was nicht entschieden genug verurteilt werden kann — der Verband münsterländischer Textilindustriellen eine Verhandlung von Verband zu Verband ab, so verhandeln doch die Arbeiterausschüsse im Namen der organi-

sierten Arbeiter und der Belegschaft. Die Löhne sind im Münsterlande laut Handelskammerbericht seit 1905 inkl. 1911 um annähernd 100 M. gestiegen. Daß die Berufsgenossenschaften für Rheinland und Westfalen einen höheren Lohn von ca. 150 bis 200 Mark vermerken als für Sachsen-Thüringen, ist bekannt. Der Lohn steht also im „schwarzen“ Münsterlande höher, als im „roten“ Sachsen. Das sind Tatsachen, die ausgesprochen werden müssen gegenüber den Verleumdungen des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes, und unbeschadet dessen, daß uns die Verhältnisse im Münsterlande keineswegs befriedigend erscheinen.

Abgesehen von zahlreichen Einzelstreiks und friedlichen Bewegungen darf auch hinsichtlich der geführten größeren Bewegungen und Aussperrungen betont werden, daß unser Verband seine eingeschlagene Taktik sehr gut verantworten kann. Von großen Niederlagen, von Bewegungen, die alle ein „unrühmliches Ende“ nahmen, an denen der „deutsche“ Verband so außerordentlich reich ist, kann bei uns gar keine Rede sein. Coesfeld, Emsdetten, Warendorf, Neuenkirchen, Coesfeld und neuerdings Ibbenbüren, sind Namen, die insofern eine besondere Bedeutung für das Münsterland haben, als jedes Mal eine größere Bewegung, Aussperrung oder Aussperrungsandrohung für unseren Verband mit diesen Namen verknüpft ist. **Bei all diesen Kämpfen kann der Name unseres Verbandes in Ehren genannt werden.**

Zunächst Coesfeld 1902. Als damals von unserem Verband die Bewegung in Coesfeld geführt wurde, befanden wir uns im Münsterlande noch in den ersten Anfängen, und im allgemeinen war die Zentralisation in unserem Verbands erst kurz vorher durchgeführt. Die damalige Bewegung in Coesfeld war ein grundsätzlicher Kampf um das Koalitionsrecht, der mit einer Anerkennung des Koalitionsrechtes endete. Die indirekten Nachwirkungen dieses Kampfes — auch in bezug auf das weitere Münsterland — sind von großem Vorteil für die Arbeiter gewesen. Der Kampf in Coesfeld hat erst die Tore des Münsterlandes für die Gewerkschaften geöffnet.

Emsdetten 1906. Nach einem mehrwöchigen Streik bei einer Firma erfolgte die örtliche Aussperrung (ca. 1200 Mann), die nach sechs Wochen mit einem Erfolg für die Arbeiter beendet wurde. Von „Niederlagen“ kann in beiden Fällen keine Rede sein.

Warendorf 1908. Es handelte sich um einen 20%igen Lohnabzug für sechs Buzerinnen. Unser Verband nahm den örtlichen Kampf auf, sah sich aber genötigt, wegen der kurz vorher eingetretenen allgemeinen schlechten Konjunktur, die Generalaussperrung nicht auf sich zu nehmen. Zu der schlechten Konjunktur kam noch, daß das Streitobjekt in gar keinem Verhältnis zu den zu bringenden Opfern stand. Unser Verband würde geradezu gewisslos an der Arbeiterschaft gehandelt haben, wenn er in der Situation die Aussperrung auf sich genommen hätte. Hat nicht auch der „deutsche“ Textilarbeiterverband in den letzten Jahren wiederholt solche Situationen gehabt? Und hat denn nicht auch der „Textilarbeiter“ die Haltung seines Verbandes entschieden verteidigt?

Nach den Ausführungen des „Textilarbeiters“ in dem angeführten Verleumdungsartikel scheint er sich auf den Standpunkt zu stellen, daß eine Organisation, die einen Streik bewilligt, auch die Aussperrung auf sich zu nehmen hat. Wenn das die Meinung des „Textilarbeiters“ ist, warum handelt der „deutsche“ Verband denn nicht praktisch danach? Anscheinend sind aber die vom „Textilarbeiter“ vertretenen „gewerkschaftlichen“ Grundsätze für uns gerade gut genug, während seine Organisation deren Befolgung ablehnt.

Neuenkirchen Ende 1910. Die Generalaussperrung war wegen eines Streiks in Neuenkirchen angedroht, erfolgte aber nicht, weil der Streik mit einem Erfolg für die Arbeiter beendet werden konnte, und zwar Ende Januar 1911, kurz vor Ablauf der allgemeinen Kündigungen.

Coesfeld 1911. Unser Verband führte zunächst einen mehrwöchigen Streik und nahm auch die örtliche Aussperrung auf sich. Nach ca. neunwöchigem Kampfe — durch den auch einige Zugeständnisse erzielt waren — erfolgte die Generalaussperrungsandrohung. Daß das noch ausstehende Streitobjekt in Höhe von etwa 30 M. pro Woche nicht die Opfer einer großen Aussperrung lohnte, und bei der schlechten Konjunktur die Chancen für einen Erfolg nicht günstig waren, muß doch jeder vernünftig denkende Gewerkschaftler zugeben. Deshalb wurde, im Einverständnis mit den führenden Kollegen der Ausgruppen des Aussperrungsgebietes, der Abbruch beschlossen. Trotzdem hielt der Arbeitgeberverband den Aussperrungsbeschluss aufrecht und verlangte eine schriftliche Bestätigung, daß der ganze Kampf für die Arbeiter erfolglos gewesen sei. Wegen unserer entschiedenen Weigerung erfolgte die Aussperrung von rund 4000 Mann.

Unser Verband hat den Kampf auf sich genommen und bei der Aussperrung — trotz der ungünstigen Situation — einen Erfolg erzielt. Der Arbeitgeberverband trat den Rückzug an und legte selbst eine Erklärung vor, welche die Bestätigung enthält, daß durch den Kampf in Coesfeld etwas erreicht wurde.

Da der „Textilarbeiter“ nicht zum ersten Mal von einer Niederlage faselt, sei ihm in Erinnerung gebracht, daß ein derzeitiges Ausschußmitglied des „deutschen“ Verbandes der bestreikten Firma unserem Bezirksleiter sogar freiwillig befristete, und zwar durch Unterschrift, daß Bewilligungen seitens der Firma erfolgt seien.

Mit dem „Zusammenklappen der christlichen Felder“, von dem der „Textilarbeiter“ spricht, war's also mal wieder nichts. Soviel steht jedenfalls fest, daß der „deutsche“ Textilarbeiterverband mehrfach weniger ruhmvoll „zusammengeklappt“ ist.

Nun Ibbenbüren 1912. Der sozialdemokratische „Textilarbeiter“ jagt, der Kampf sei ausgelaufen „wie das Hornberger Schießen“. Die Sache sei nicht rein, denn unser Organ hätte nur wenig über den Abbruch der Bewegung geschrieben. Der christliche Verband dürfe keine großen Kämpfe mehr führen, mit Rücksicht auf die — Enzyklika. Einen derartigen Unfug kann sich nur der „Textilarbeiter“ leisten. Es ist selbstverständlich ein Schwindel, wenn behauptet wird, daß irgendwelche, außerhalb der Bewegung selbst liegende Faktoren auf die Haltung unseres Verbandes bei Abbruch des Streiks in Ibbenbüren mitgewirkt haben. Uebrigens haben die streikenden Arbeiter aus freien Stücken den Abbruch des Kampfes beschlossen. Die Gründe, die für vorläufige Aufhebung des Streiks maßgebend waren, sind rein und sachlich. Unsere Mitglieder des Münsterlandes kennen und würdigen sie. Sie sind vollständig eins mit uns. Dem „Textilarbeiter“ brauchen wir sie nicht auf die Nase zu binden. Unser Verband hat immer sachlich und ehrlich gegenüber seinen Mitgliedern gehandelt. Kann das der „deutsche“ Verband auch von sich sagen?

Daß der Kampf in Ibbenbüren ausgelaufen sei wie das Hornberger Schießen, ist eine sehr voreilige Behauptung. Die Bewegung ist noch nicht endgültig vorbei. Die Arbeiter haben ihre Forderungen nicht vollständig fallen lassen. Sie werden beim Unternehmer wieder vorsprechen. Also warten wir ab. Wir können heute schon die Versicherung geben, daß die Sache nicht auslaufen wird wie das Hornberger Schießen. Diese Hornberger Schießübungen überlassen wir dem „deutschen“ Verbands.

Geht man all die Bewegungen unseres Verbandes im Münsterlande durch, so ist von den „Blößen der

Schwäche", die wir uns gegeben haben sollen, wenig zu merken. Der „Textilarbeiter“ hat wirklich keinen berechtigten Anlaß, uns vorzuwerfen, wir hätten die münsterländischen Textilarbeiter zum Narren. Wenn der sozialdemokratische Textilarbeiterverband in nur einigen Betrieben des Sachsenlandes solche Verhältnisse schaffte, wie sie in Betrieben des Münsterlandes, wo wir stark vertreten sind, bereits bestehen, würde er sein gewaltiges Können und seine Stärke aller Welt verkünden. Heute zieht er es aber vor, auf uns herumzuschlagen und vor unserer Tür zu stehen, diemal er vor seiner eigenen haufenweise den Dreck liegen hat.

Da der sozialdemokratische „Textilarbeiter“ die Behauptung aufstellte, daß unser Verband überhaupt unfähig sei, dem Elend im Münsterlande zu steuern, sollte man annehmen, daß der „deutsche“ Verband im Münsterlande mal Proben seines Könnens ablegte. Man verspürt aber von seinen Leistungen nichts. In Gronau, einem Grenzort des Münsterlandes, plazierte der „deutsche“ Verband zwei Beamte. Die Mitgliederzahl entwickelte sich so — rückwärts, daß einer der Beamten nach Rheine versetzt wurde. In den letzten zwei Jahren haben wir nun in Gronau bedeutende Erfolge für die Arbeiter errungen. In einem Zeitraum von 1 1/2 Jahren (1. 1. 11 bis 1. 7. 12) erzählten wir in Gronau und näherer Umgebung bei 11 Firmen für ca. 1950 Arbeiter eine Verbesserung von etwa 139 292,40 M. Wo hat der „deutsche“ Verband ähnliche Erfolge aufzuweisen? In diesen Erfolgen hat der „deutsche“ Verband in Gronau fast gar keinen Anteil. Das Material und die Unterlagen wurden von uns beschafft. In den Fabrikversammlungen schloß man, wenn man vertreten war, sich in bequemer Weise allem an, was unsererseits gemacht wurde. Nachher gehen dann dieselben „roten“ Beamten in andere Orte des Münsterlandes, wie es kürzlich in Rheine geschah ist, und betonen, die Christlichen machten in Gronau nichts, den christlichen Beamten wäre in der M.-Glabbacher Schule das Rückgrat gebrochen worden u. Ist das ehrlich?

In Bocholt erklärte kürzlich der örtliche Führer der „Deutschen“ öffentlich in einer Fabrikversammlung, daß in den Betrieben am Orte, wo die Christlichen stark vertreten seien, geordnete und annehmbare Verhältnisse seien. Der Mann war zu ehrlich, um das, was er mit eigenen Augen gesehen, zu bestreiten.

Solche Beispiele ließen sich noch eine Anzahl aus dem Münsterlande anführen. Das sind glänzende Zeugnisse für die erfolgreiche Arbeit unseres Verbandes. Gewiß, es gibt Verhältnisse, denen eben Rechnung getragen werden muß und die stärker sind als der gute Wille. Dies trifft auch noch für manche Orte des Münsterlandes zu.

Wenn aber der sozialdemokratische Verband uns überhaupt den ehrlichen Willen abspricht, um zu helfen, so ist das eine Art, die kaum mit einem passenden Ausdruck bezeichnet werden kann. Die tatsächlichen Verhältnisse reden eine andere Sprache.

Arbeitsverhältnisse in den Baumwollspinnereien.

III.

Nachdem wir in der vorigen Nummer bereits Angaben über die Lohnhöhe und die Lohnberechnung gemacht haben, wollen wir heute zunächst noch einige weitere in das Gebiet der Lohnfrage fallende Punkte behandeln.

Es kommt in den Spinnereien auch öfters vor, daß beim Fehlen eines Aufsehers oder eines Aufsichters die übrigen dessen Arbeit mitverrichten müssen. Gehaltlich geht auch an der Ringspinnmaschine beim Fehlen eines Arbeiters oder einer Arbeiterin. Es war darum in den Erhebungsformularen auch die Frage gestellt, ob in diesen Fällen auch eine Vergütung gewährt wird und in welcher Höhe. Das Ergebnis ist folgendes: In 21 Betrieben wird der wirklich verdiente Lohn des fehlenden Arbeiters voll unter den andern, die dessen Arbeit verrichten müssen, verteilt. In 11 Betrieben nur ein Teil des wirklich verdienten Lohnes; für 2 von diesen Betrieben wird dieser Teil als ganz ungenügend bezeichnet. In 3 Betrieben wird für die Mehrarbeit eine Vergütung überhaupt nicht gewährt!! Man bedenke: Dem fehlenden Arbeiter wird für jede verjammte Stunde der auf der Maschine verdiente Lohn, oder sein Tage- resp. Stundenlohn voll abgezogen. Die Arbeiter aber, die während seiner Abwesenheit seine Arbeit mitverrichten, erhalten nur einen Teil dieses Lohnes, oder auch gar nichts als Vergütung. Eine höhere Ungerechtigkeit läßt sich kaum denken, umso mehr als durch die den Arbeitern aufgebürdete Mehrarbeit oft deren Arbeitsverdienst beeinträchtigt wird.

Nach dem Straßensystem wird in manchen Betrieben noch sehr streng gehandhabt. So werden z. B. die Arbeiter in einem Betriebe für Zuspätkommen mit 10 Pfg. für 10 Minuten, in einem zweiten mit 5 Pfg. für 5 Minuten, in einem dritten mit 10 Pfg. für eine Minute (!) und in einem vierten mit 30 Pfg. bis zu

1 M. bestraft. Für Grobfäden und schlechte Cops werden in einer ganzen Reihe von Betrieben Strafen von 30 Pfg. bis zu 1 M. verhängt. Dabei sind solche bei dem heute vielfach zur Verarbeitung gelangenden schlechten Material gar nicht zu vermeiden. In einem Betriebe werden schlechte Cops mit 2 Pfg., in einem anderen mit 5 Pfg. pro Stück bestraft. Die Ansicht so mancher Betriebsleitung, durch ein solches Strafverfahren bessere Arbeit zu bekommen, ist irrig. Bei diesem System wird der Arbeiter bestraft, ohne Rücksicht darauf, ob ihn ein Verschulden trifft oder nicht. Dadurch erzeugt es berechtigte Unzufriedenheit und wirkt erbittern. Auch der pflichtbewußte Arbeiter wird dann schließlich gleichgültig, weil er unter Umständen bei größter Aufmerksamkeit der Strafe doch nicht zu entkommen vermag.

Weiter sei noch die Frage der Entschädigung für Warten auf Material und bei Reparaturen erörtert. Eine solche Entschädigung wird gewährt in 38 Betrieben. In einigen allerdings nur bei Reparaturen. Manche Betriebe gewähren die Entschädigung erst von der 3., resp. von der 4., 5. und 6. Stunde an. Die Höhe der Vergütung ist sehr verschieden. Es ergibt sich hier das reinste Kanterbunt. Eine solche in Höhe des Durchschnittsverdienstes wird nur in 4 Betrieben gewährt. Mehrfach wird die Vergütung als ungenügend bezeichnet. In 7 Betrieben wird überhaupt keine Entschädigung gewährt. So zeigen auch diese zuletzt gemachten Angaben, daß die Verhältnisse in den Baumwollspinnereien noch sehr verbesserungsbedürftig sind.

Nun zur Frage der Arbeitszeit. Erfreulich ist hier, daß die zehnstündige Arbeitszeit heute auch in den Spinnereien anscheinend allgemein üblich ist. Sie besteht in 46 von den 47 für unsere Statistik in Betracht kommenden Baumwollspinnereien. Nur für einen ganz abgelegenen ländlichen Betrieb wird noch eine Arbeitszeit von 11 1/4 Stunden angegeben. Diesen Fortschritt haben wir zweifellos zu einem guten Teil der Einführung des gesetzlichen zehnstündigen Tages für Arbeiterinnen zu verdanken. Gerade die Spinnereien — und unter diesen wieder die Baumwollspinnereien — haben ja von jeher jeder Verkürzung der Arbeitszeit den energischsten Widerstand entgegengesetzt. Dieser Widerstand richtete sich vornehmlich gegen die gesetzliche Beschränkung der Arbeitsdauer. Die Verkürzung der Arbeitszeit ist — nicht zum wenigsten Dank dem Drängen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter — doch gekommen, ohne daß sich die dunklen Prophezeiungen der Unternehmer erfüllt haben.

Eine Frühstück- und Vesperpause besteht in nur 12 Betrieben. In einem Betriebe beträgt die Pause vor- und nachmittags 1/2 Stunde, in einem anderen Betriebe 20 Minuten, in einem dritten vormittags 20 Minuten und nachmittags 1/2 Stunde, in den übrigen 9 Betrieben je 1/4 Stunde. In 35 Betrieben sind für erwachsene, an den Sektoren und den Ringspinnmaschinen beschäftigte Arbeiter und Arbeiterinnen Pausen überhaupt nicht vorgesehen. Das ist zweifellos ein Mangel. Bei der heutigen nervenzerrüttenden Wirkung auch der Spinnereiarbeit bedeutet die Pause eine wohltuende Entspannung. Sie gibt dem Arbeiter auch Gelegenheit, mit reinen Händen und in Ruhe sein Frühstück- und Vesperbrot zu verzehren. Ohne Pause kommt der Arbeiter bei schlechtem Material nicht selten überhaupt nicht oder doch nur zu ganz unregelmäßiger Zeit dazu. Eine Frühstückspause mindestens müßte in jedem Betriebe vorgesehen sein. Vielleicht wird es zweckmäßig sein, gerade für die Zukunft die Einführung einer solchen dort, wo sie noch nicht besteht, anzustreben.

Allerdings müssen dann die festgesetzten Pausen auch eingehalten werden. Von den vorerwähnten 12 Betrieben z. B. berichten 2, daß Pausen wohl vorgesehen sind, aber zum Teil nicht eingehalten werden. Das ist wohl darauf zurückzuführen, daß die Dampfmaschine in Gang bleibt und von manchen kurzfristigen Arbeitern dann leider dieser Umstand bemerkt wird, um durchzuarbeiten. Am zweckmäßigsten ist es darum, wenn der Betrieb während der Pause vollständig stille steht. Die für die jugendlichen Arbeiter gesetzlich vorgeschriebenen Pausen werden allgemein eingehalten. Nur von einem Betriebe wird gemeldet, daß das nicht geschieht. Ebenso wird nur aus einem Betriebe berichtet, daß die für die Arbeiterinnen vor Sonn- und Feiertagen festgesetzte achtstündige Arbeitszeit überschritten wird. Wenn hierüber so wenig Klagen laut werden, so ist das wohl mit dem Umstand zusammenhängend, daß in allen Betrieben gewerkschaftlich organisierte Arbeiter sind, und die am Orte bestehenden Organisationen die Durchführung der oben erwähnten Bestimmungen überwachen.

Die industriellen Produktivkräfte Deutschlands.

In den letzten Jahren sind die wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands vielfach Gegenstand ungünstiger Kritik im Ausland gewesen. Insbesondere hat man es verneigt, die Finanzkraft Deutschlands anzuzweifeln. Um dieser, teils auf Klugheit, teils auf Unwissenheit beruhenden Anschauung entgegenzuwirken, hat die Dresdener Bank zum Jahreswechsel eine Broschüre: „Die wirtschaftlichen Kräfte Deutschlands“ erscheinen lassen, in welcher wertvolles, grundlegendes, statistisches

Material über die finanziellen, wirtschaftlichen und allgemein kulturellen Kräfte Deutschlands zusammengetragen wird. Ein Vergleich der in der deutschen Industrie beschäftigten Personen gibt für die Jahre 1882 und 1907 folgendes Bild:

	1882	1907
Bekleidungsindustrie	1 119 605	1 303 853
Textilindustrie	910 089	1 088 280
Baugewerbe	533 511	1 563 594
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	743 881	1 239 945
Maschinenindustrie	366 089	1 120 282
Metallverarbeitung	459 718	937 020
Bergbau	430 134	860 908
Industrie der Steine und Erden	349 196	770 568
Holzindustrie	469 695	771 059
Chemische Industrie	114 482	265 451
Reinigungsgewerbe	140 186	254 996
Druckerei, künstlerische Gewerbe usw.	85 394	239 030
Papierindustrie	100 156	230 925
Ederindustrie	121 532	206 973

Die materielle Grundlage der deutschen Industrie bilden Kohle und Eisen, die beide in großer Menge im Inlande vorhanden sind. Der deutsche Bergbau hat sich im Zeitraum von 1871—1910 folgendermaßen entwickelt (in Millionen Mark):

	1871	1910	Steigerung
Stein- und Braunkohle	244,6	1 705,2	1: 7,0
Eisenerze	30,8	106,8	1: 3,5
Kalk- und sonstige Salze	4,5	97,8	1: 21,7
Zinn-, Blei- und Kupfererze	25,7	82,7	1: 3,2
Sonstige Bergwerksprodukte	8,6	16,2	1: 1,9
Total	314,2	2 008,7	1: 6,4

Von 1885—1910 hat die Produktion von Stein- und Braunkohle zugenommen in Deutschland um 201,8, Großbritannien um 65,9, Frankreich um 96,6, und in den Vereinigten Staaten von Amerika um 351,2%. An der Weltproduktion war Deutschland 1885 mit 17,8, 1910 mit 19,3% beteiligt. Der Verbrauch von Stein- und Braunkohlen nahm in dem Zeitraum von 1885—1910 zu (pro Kopf) in Deutschland um 116,7, Großbritannien um 12,1, Frankreich um 78,5 und in den Vereinigten Staaten von Amerika um 171,6% zu. Die Lebensdauer der Steinlohlenlager wird für Deutschland geschätzt auf 1000 Jahre, für Großbritannien auf 300, Frankreich auf 500 Jahre. Hinsichtlich der Lebensdauer dieser Steinlohlenlager steht also Deutschland nach den Schätzungen an erster Stelle.

Die Kohlsproduktion stieg in Deutschland von 1905—1910 um 43,1, in Großbritannien um 10,8, in Frankreich um 18,5 und in den Vereinigten Staaten von Amerika um 29,4%. An der Weltproduktion war Deutschland im Jahre 1905 mit 21,7, 1910 mit 24,3% beteiligt.

Was das Eisenerzlager anlangt so werden geschätzt die aufgeschlossenen Vorräte (in Millionen Tonnen)

	Erz	Eisen
Deutschland, einschl. Luxemburg	8 878	1 360
Großbritannien	1 300	455
Frankreich	3 300	1 140
Gesamteuropa	12 032	4 733
Amerika	9 855	5 154
Australien, Asien und Afrika	521	505
Welt	22 408	10 192

Deutschlands Anteil an den Vorräten Europas 32,2%, 28,7%, Deutschlands Anteil an den Vorräten der Welt 17,3%, 13,3%

Die Produktion an Roheisen und Stahl ergibt für die letzten 25 Jahre folgendes Bild (in 1000 Tonnen)

	Roheisen	Stahl		
1895	1910	Zunahme 1910		
Deutschland einschl. Luxemburg	3 688	14 794	301,1%	13 699
Großbritannien und Irland	7 534	10 173	35,0%	6 477
Frankreich	1 631	4 038	147,6%	3 413
Ver. Staaten von Amerika	4 109	27 742	675,1%	26 514
Weltproduktion	19 800	67 000	238,4%	60 200
Hiervon Deutschland	18,1%	22,1%	—	22,75%

Die deutsche Roheisen- und Stahlproduktion macht demnach heute nicht ganz 1/4 der Weltproduktion aus. Besonders stark ist gestiegen infolge der raschen Entwicklung der Elektrizitätsindustrie der Kupferverbrauch Deutschlands im letzten Jahrzehnt und zwar weit stärker als in den andern Industrieländern. Dieser Kupferverbrauch stellte sich folgendermaßen: (in 1000 Tonnen)

	1901	1911	Zunahme
Deutschland	84,8	225,8	166,8%
Großbritannien	103,2	159,4	51,5%
Uebrig Europa	102,1	221,1	116,6%
Vereinigte Staaten von Amerika	192,3	321,9	67,4%
Weltverbrauch	494,2	959,4	94,1%
Hiervon Deutschland	17,2%	23,5%	

An Elektrizitätszentralen zählte Deutschland:

	1895	1911	Zunahme
Elektrizitätsverkaufszentralen	148	2 526	1: 17,1
Angeschlossene Glühlampen	493 801	16 209 233	1: 32,8
Angeschlossene Bogenlampen	12 357	245 772	1: 19,9
Leist. d. stationären Motoren PS.	5 635	1 203 779	1: 213,6
Gesamtanzahlwert in Kilowatt	35 911	2 477 769	1: 68,9

Gleichwohl hat die rasche Ausbreitung des elektrischen Lichtes der Ausdehnung der Gasbeleuchtung keinen Abbruch tun können. Im Jahre 1910 stellte sich der Kohlenverbrauch für Gaserzeugungszwecke auf 120 Millionen Mark, die Gasproduktion selbst betrug 2 500 000 000 cbm. (1877: 325 Millionen) und hatte einen Wert von 375 000 000 Mark. Nebenprodukte wurden gewonnen bei der Gasproduktion im Werte von 83 300 000. Wie bei der Gasindustrie so ist auch bei der Koks-erzeugung die Ausbeutung der Nebenprodukte zu einer umfangreichen Industrie entwickelt, wie überhaupt die chemische Industrie Deutschlands die fortgeschrittenste ist. Im Oberbergamtsbezirk Dortmund wurden gewonnen an Nebenprodukten (Tonnen):

	1896	1911	Zunahme
Schwefel-saures Ammoniak	20 975	244 567	1: 11,7
Zer	28 341	550 341	1: 19,4
Benzol	215	53 941	1: 250,9

Die Baumwollindustrie zählte 1912 Baumwollspinneln in Deutschland 10598752, der Baumwollverbrauch betrug 1910/11 in Ballen 1685192. Die Zahl der Brauereibetriebe bezifferte sich in Deutschland 1911 auf 12009, die Produktion betrug 65089 hl.

Ein interessantes Bild zeigt auch die Tabakindustrie. Die Produktion betrug (in Millionen Stück):

	1875	1903	1911
Zigaretten	152	8200	9382
Sigaren	5234	7384	ca. 9000

Die deutsche Zementproduktion, die 1877 erst 408000000 kg, 1897 2499000000 kg betrug, wird für 1911 auf über 6000000000 kg geschätzt. Eine besondere schnelle Entwicklung weist auch die deutsche Automobilindustrie auf. Es gab in Deutschland:

	1901	1910	Zunahme
Reine Automobilfabriken	12	56	1:47
Darin beschäftigte Personen	1773	20311	1:11,5
Produktion in Millionen Mark	5,7	109,5	1:19,2

Die steigende Verwendung von Industriemotoren kommt darin zum Ausdruck, daß die Zahl der Betriebe mit Motoren (ausschließlich elektrische Motoren) 1895 erst 139700, 1907 233400 betrug; die Leistungsfähigkeit dieser Motoren in PS. 1895 3357000, 1907 8008000.

Rapide haben sich auch die Aktien-Gesellschaften entwickelt. Betrug deren Zahl 1886/7 erst 2143, so stieg sie bis Ende 1911 auf 5340. Noch schneller hat sich das Aktienkapital vermehrt und zwar: von 4876100000 Mark (eingezahlt) im Jahre 1886/7 auf Mark 16103900000 nominal im Jahre 1911.

Die Entwicklung der Aktien-Gesellschaften für 1911 ergeben folgendes Gesamtbild:

Kapital und Gewinn der deutschen Akt.-Ges.	Zahl d. Ges.	Eingezahltes Kap. in M.	Reingewinn in M.	Dividende in M.
Bergbau	257	2369,3	291,4	9,14
Steine und Erden	348	414,9	44,1	6,38
Metallverarbeitung	160	278,6	34,8	7,64
Maschinenindustrie	534	1789,4	218,3	8,70
Chemische Industrie	302	687,8	126,9	13,95
Textilindustrie	352	637,7	73,8	7,44
Papier	99	178,6	19,7	8,16
Leder und Gummi	58	122,9	20,6	10,51
Holz	62	73,1	8,2	7,68
Nahrungsmittel	812	1027,9	114,9	7,47
Bekleidung	12	29,3	3,0	11,45
Finanzwesen	3	0,3	0,01	2,51
Baugewerbe	43	80,6	16,7	12,13
Graphische Gewerbe, Zeitungen usw.	114	83,0	9,3	5,96
Handel	268	494,3	41,7	4,88
Banken	415	3815,4	397,1	7,91
Versicherung	130	155,2	69,2	23,14
Verkehr	479	1543,5	104,1	4,98
Sonstige	232	470,2	41,7	5,81
Total (statist. erfasst)	4680	14228	1636	8,09

Diese Dividende von 8,09 gibt ein ungefähres Bild von der Rentabilität, deren sich die deutsche Industrie als Ganzes erfreut.

Wenn man diese teilweise beispiellose Entwicklung der deutschen Industrie sich vor Augen führt, dann kann man in der Tat verstehen, wenn das Ausland, vornehmlich England, das zudem noch über wesentlich günstigere Produktionsbedingungen verfügt als Deutschland, neidisch auf das letztere blickt. Das ist für uns Grund genug, das kostbare Gut, das wir in unserer Industrie besitzen, zu wahren und zu pflegen, andererseits die Industrie so fortzuentwickeln, daß bei Erhaltung ihrer Leistungsfähigkeit und Konkurrenzfähigkeit auch die deutsche Arbeiterchaft in entsprechendem Maße an ihren Erträgen teilnimmt.

Reichssozialpolitik.

Der Reichshaushaltsetat für das Rechnungsjahr 1913, dessen Beratung der Reichstag bereits begonnen hat, enthält eine Reihe die Arbeiterchaft besonders interessierende Postulate.

Der größte Posten ist der für die Sozialversicherung. Die Belastung des Reichs aus den auf Grund der Reichsversicherungsordnung zu gewährenden Leistungen ist veranschlagt mit 571200000 M. Es wird angenommen, daß am 1. Januar 1913 945032 Invalidenrenten und 88231 Altersrenten laufen. Für 1913 ist der Zugang an Invalidenrenten mit 121000 und der Zugang an Altersrenten mit 13500 angenommen. Im Laufe des Jahres, so wird berechnet, werden rund 130000 Renten wieder fortfallen. Nach diesen Ziffern ist der Bedarf auf 57,1 Millionen M., gegen 56,3 Millionen im Vorjahre, berechnet und von der Budgetkommission auch bereits genehmigt worden. Hierbei wurde die Frage aufgeworfen, ob nicht die Leistungen der Versicherung für die Hinterbliebenen erhöht werden könnten und eine diesbezügliche Berechnung verlangt. Nach Vereinbarungen zwischen Reichstag und Regierung ist spätestens 1915 eine Novelle zur Reichsversicherungsordnung vorzulegen behufs Neu festsetzung der Altersgrenze beider Invalidenversicherung auf 65 Jahre. Ein Vertreter der Regierung gab zu, daß bis dahin auch die obige Frage beantwortet und eine Nachprüfung zwischen dem Verhältnis von Leistung und Beiträgen erfolgen könne. Die Kommission verlangte aber einstimmig, daß unter Zugrundelegung der Rechnungsergebnisse vom Jahre 1913 eine neue Berechnung angefertigt und nicht gewartet werde bis 1915. Im Plenum wird ja demnächst noch weiter über diese Frage gesprochen werden.

Durch § 87 der Reichsversicherungsordnung ist die Zahl der nichtständigen Mitglieder des Reichsversicherungsamts von 18 auf 32 erhöht worden. Beim Abschnitt „Reichsversicherungsamt“ wird dies berücksichtigt; es ist hier ein Betrag von 34500 M., für je ein Mitglied 1500 M. Entschädigung, eingestellt. Die Arbeiten der Rechnungsstelle sind durch das Hinzu-

treten der Hinterbliebenen- und Krankenversicherung vermehrt worden. Die Rechnungskasse wird nun auch Gutachten über die Gleichwertigkeit der Leistungen von Krankenaffen zu erteilen haben. Auch die Arbeiten auf dem Gebiete der Unfallversicherung haben sich vermehrt. Es wird deshalb eine Beamtenstelle mehr im Etat angefordert.

Wesentlich liegen die Verhältnisse beim Aufsichtsamte für Privatversicherung. Diesem Amte unternehen seit dem 1. Juni 1912 ca. 600 Unternehmungen mehr als früher. Noch vor dem 1. April 1913 werden etwa 300 bayerische Versicherungsunternehmen dem Amt zur Aufsichtung unterstellt sein. Zur Bewältigung der Mehrleistungen werden zwei neue Stellen für ständige Mitglieder im Hauptamt eingeweiht. In den einzelnen Etats der verschiedenen Verwaltungen sind auch die Beiträge für die Angehörtenversicherung zum ersten Male postuliert. Im Etat der Heeresverwaltung sind dafür 105000 M. eingestellt; beim Etat der Marineverwaltung sind 70000 M. vorgesehen. Als Leistungen zur Kranken, Unfall- und Invalidenversicherung der Arbeiter sind bei dieser Verwaltung 1165000 M. eingestellt; außerdem 88755 M. für Wohlfahrts-Einrichtungen. Die Heeresverwaltung hat für die Arbeitersozialversicherung 1283000 M. aufzuwenden und hat einen weiteren Betrag von 1804800 M. Unterstützungsgelder für Arbeiter, Witwen und Waisen vorgesehen.

Unter den „einmaligen Ausgaben“ des Reichsamts des Innern, die aber jährlich wiederkehren, findet sich ein Betrag von 100000 M. zur Ausbildung von Schiffsjungen. Es soll damit der deutsche Schiffsjungenverein unterstützt werden, der seit 1900 insbesondere Jungen der ärmeren Bevölkerung auf seinen Schiffen zunächst als Matrosenerfahrer auszubilden läßt.

Zur Förderung einer internationalen Prognostik für Sozialwissenschaften sind 15000 M. in Ansatz gebracht; zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit 60000 M.; zur Bekämpfung der Tuberkulose 100000 M. Im außerordentlichen Etat finden sich dann noch Aufwendungen für Wohnungszwecke. Für die Rechnungsjahre 1901 bis 1912 sind insgesamt 45 Millionen M. bewilligt worden. Für 1913 werden weitere 4 Millionen angefordert. Die Summen sollen verwendet werden zur Herstellung geeigneter Kleinwohnungen für Arbeiter und gering besoldete Beamte in den Betrieben und Verwaltungen des Reichs, sowie in den Betrieben der Militärverwaltung. Den Bauvereinen und Gesellschaften des Personals werden nach Erfüllung gewisser Bedingungen Darlehen gewährt.

Ueber die sozialpolitischen Forderungen und Resolutionen des Reichstags wird später einiges zu sagen sein, nachdem darüber abgehandelt worden ist. Gegenwärtig, bei Beratung des Etats des Reichsamts des Innern, gelangt ein Teil derselben in den nächsten Tagen zur Vorbescheidung. Auch die von unseren Kollegen Becker (Arnshagen), Behrens, Giesberts, Heemann, Schiffer (Vorken), Schirmer, Schwarz (Schweinfurt) eingebrachte Resolution, die lautet: Der Reichstag wolle beschließen: die verbündeten Regierungen zu ersuchen: 1. möglichst bald nach Inkrafttreten des dritten Buches der Reichsversicherungsordnung (1. Januar 1913) von der Vollmacht, den § 547 der Reichsversicherungsordnung, die Unfallversicherung auf bestimmte gewerbliche Berufsarten auszudehnen, Gebrauch zu machen; insbesondere aber 2. das Augenkitzen der Bergarbeiter (Nystagmus), als gewerbliche Berufskrankheit (§ 547 der Reichsversicherungsordnung) der Unfallversicherung zu unterstellen. S. P.

Der positive Regulator.

I.

Während der Handwerker, selbst wenn er einen Regulator am Stuhle hat, nie eine gleichmäßige Schutzdichte erzielt, sondern immer von seinem Gefühl und der mehr oder minder großen Geschicklichkeit abhängig ist, da der Handhüleregulator von vornherein gar nicht den Zweck hat, auf die Gleichmäßigkeit der Schutzzahl einzuwirken, sondern nur eine mögliche Erhaltung des Anchlages in derselben Höhe erreichen soll, ist der Regulator am mechanischen Stuhle bestimmt, auf die Erreichung einer ganz bestimmten Schutzzahl hinzuwirken. Der Handhüleregulator zieht ohne Rücksicht auf die Schutzzahl nur die Ware vor, und wenn auch das Maß des jedesmaligen Vorzuges noch in gewissen Grenzen regelbar ist, je nachdem man den Schalklinkenhebel mehr oder weniger anhebt, d. h. je nachdem man die von der Jacquardmaschine oder von einem anderen Organ beeinflusste Schnur dem Achtpunkt näher bringt oder dieseibe davon entfernt, so bleibt, wenn man ein öfteres Nachziehen des Regulators mit der Hand vermeiden will, nur die Zwischenschaltung gewisser Einrichtungen, welche den Zusammenhang zwischen dem Regulator resp. dessen Schalklinkenhebel und dem antreibenden Organ aufheben, sobald die Lade weiter vorgeht, als es im Interesse eines guten Arbeiters erwünscht ist. Man hat also beim Handhüleregulator immer nur zwei Möglichkeiten, entweder er zieht zu viel und muß ab und zu ausgeschaltet werden, oder er zieht zu wenig und es muß dann mit der Hand nachgeholfen werden. Ein der gewünschten Schutzzahl genau entsprechendes Abziehen des Warenbaumes ist nicht zu erreichen, schon weil die die Bewegung des Schalklinkenhebels vermittelnden Organe keine gleichmäßigbleibende Bewegung ausführen; erfolgt der Antrieb durch eine Verbindung mit der Lade, so ist nie die Möglichkeit ausgeschlossen, daß dieselbe einmal weiter herausgehoben wird, als das andere Mal, erfolgt der Antrieb von der Maschine, so kann dieselbe ebenfalls verschieden hochgezogen werden, und als letzte Fehlerquelle kommt dann noch das physikalische Verhalten der

Schnuren zwischen den beiden Extremen von trockener Hitze und Regenwetter in Betracht.

Mit all diesen Möglichkeiten kann und darf der mechanische Webstuhl nicht rechnen, wenn er eine einwandfreie Ware liefern soll. In dessen muß auch hier bei Eintreten von Schutzstreifen, dünnen Stellen usw. nicht ohne weiteres dem Regulator die Schuld geben wollen, da, wie wir später sehen werden, auch noch andere Ursachen vorliegen können.

Wie schon erwähnt, hat der Regulator die Bestimmung, die durch das Eintragen des Schusses in gleichmäßiger Folge entstehende Ware abzugeben, was nur dadurch geschehen kann, daß die Ware vorn im Stuhl auf oder an einem drehbaren Baum festgemacht wird, durch dessen Umkehrung ein Vorziehen der verarbeiteten Ware resp. der fertigen Ware bedingt wird. Während nun aber am Handstuhl sehr häufig die Ware gleich auf diesen Baum aufgewickelt wird, ist dies bei Verwendung positiver Regulatoren nicht möglich, sondern hier muß zur Aufnahme der Ware noch ein zweiter Baum vorhanden sein, so daß wir einen Abziehbaum und einen Warenbaum unterscheiden müssen.

Die Anordnung resp. die Lagerung dieser Bäume ist nicht in der ganzen Weberei dieselbe. Häufig tritt zu diesen beiden Bäumen noch ein Riegel, welcher festgelagert ist und über welchen hinweg die Ware zu dem tiefer liegenden Abzugsbaum und von da zum Warenbaum geht. Bleibt dieser Riegel weg, so liegt an seiner Stelle der drehbare Abzugsbaum, welchen man in diesem Falle auch den Brustbaum nennt. Während in der Seidenindustrie der Abzugsbaum fast stets oben liegt, an Doppelfamilien immer, ist wieder bei den in der Pammgarnweberei gebräuchlichen Stühlen die Verwendung der festliegenden Brustlatte oder des Brustriegels vorherrschend. Daraus resultieren dann auch gewisse Eigentümlichkeiten in der Form und der Anbringung des Regulators, ohne daß jedoch in der Theorie dadurch eine Abweichung hervorgerufen würde.

Da der Abzugsbaum, gleichgültig ob er oben oder unten liegt, ausschließlich auf das Fortschreiten der Ware vom Schlag ab maßgebend ist, so erscheint es ohne weiteres einleuchtend, daß man dessen Form, dessen Beschaffenheit nicht vernachlässigen darf, denn der Regulator kann auf den Warenabzug als solchen nur durch diesen Baum wirken und die Länge der fertigen Ware ist eine ganz bestimmte Vielfache des Umfanges dieses Baumes. Auf dieser Tatsache basieren die häufig an Stühlen anzutreffenden mechanischen Maßvorrichtungen, bei deren Verwendung zw. smäßig der Abzugsbaum einen der metrischen Einheit angepaßten Umfang hat. Daraus ergibt sich aber auch als Resultat, daß eine gleichmäßige Ware nur erzielt werden kann, wenn der Umfang dieses Baumes überall gleichmäßig ist und auch in diesem Zustand erhalten wird, da man sonst den Regulator berechnen kann, wie man will, trotzdem man über Mängel in der Gleichmäßigkeit der Ware zu klagen hat.

Allgemeine Rundschau.

Hat der Gewerkverein christlicher Bergarbeiter im Saarrevier einen Erfolg erzielt? Eine Schlammflut von Verdächtigungen und Verleumdungen ergießt sich zur Zeit wieder über den Gewerkverein christlicher Bergarbeiter. Anlaß dazu bietet seine Haltung in der Bergarbeiterbewegung des Saarreviers. Während die Genossen und Kirch-Dunderschen Gewerkschafter behaupten, die Bewegung sei ganz und gar in die Brüche gegangen, es sei absolut gar nichts für die Bergleute dabei herausgekommen, geben die „Berliner“ Facharbeiter zwar einen Erfolg zu, buchen ihn jedoch als das Resultat ihres „geschickten Handelns“. Genossen, „Kirche“ und „Berliner“ ziehen jetzt durchs Saarrevier und hegen gegen den Gewerkverein. Sie hoffen, auf diese schmutzige Art und Weise Mitglieder zu bekommen.

Hat der Gewerkverein christlicher Bergarbeiter, vom gewerkschaftlichen Standpunkte aus beurteilt, richtig gehandelt? Hat er bei der Bewegung einen Erfolg für die Saarbergleute erzielt?

Der Bewegung lagen hauptsächlich zwei Dinge zugrunde: 1. Am 1. Dez. 1912 war den Bergarbeitern der dem preussischen Staate angehörenden Gruben eine Arbeitsordnung aufgezwungen worden, die einige sehr bedenkliche, die Verhältnisse der Arbeiter verschlechternde Bestimmungen enthielt. 2. Die Bergleute forderten eine Lohnaufbesserung. Trotz der Verteuerung der gesamten Lebensverhältnisse war eine nennenswerte Steigerung der Löhne im fiskalischen Bergbau des Saarreviers seit geraumer Zeit nicht mehr zu verzeichnen gewesen.

Auf einer Revierkonferenz am 15. Dez. wurde beschlossen, die Kündigung einzureichen und am 2. Jan. in den Streik zu treten, falls die Bergbauverwaltung zu keinem annehmbaren Zugeständnisse bewegen lassen würde. Als am 15. Dezember die Kündigung beschlossen wurde, lag bezüglich der Arbeitsordnung nur die Versicherung vor, daß sie human gehandhabt werden solle. Mit dieser im Grunde nicht tragenden Versicherung war nichts anzufangen. Am 28. Dezember dagegen, also während der Kündigungsfrist, erschien eine amtliche rechtsverbindliche Erläuterung zur Arbeitsordnung, die dieser die Giftzähne ausbrach. Erst als am 15. Dezember die Kündigung und für den 2. Januar der Streik beschlossen worden war, wurde am 21. Dezember nach erneuten sechsstündigen Verhandlungen mit den Kollegen Behrens und Heinrich Imbusch im preussischen Handelsministerium die am 28. Dezember amtlich veröffentlichte Auslegung der Arbeitsordnung erzielt. Darin liegt unzweifelhaft ein Erfolg des Gewerkvereins.

In der Lohnfrage war vor der Revierkonferenz lediglich eine weitere Steigerung in Aussicht gestellt worden. Diese unverbindliche Zusage genügte den Saarbergleuten

nicht. Während der Kündigungszeit jedoch wurde in einer amtlichen Bekanntmachung die Lohnsteigerung zum Januar 1913 direkt versprochen.

Auf Grund dieser Zugeständnisse beschlossen die Bergleute, einen "Waffenstillstand" zu schließen, d. h. von dem Streik vorläufig Abstand zu nehmen und eine Kommission einzusetzen, die zu beobachten hat, ob die Bergwerksverwaltung ihr Versprechen hält.

Diese Stellungnahme der Saarbergleute und des Gewerksvereins war die einzig richtige. Um zum Streik zu greifen, fehlte nunmehr für eine christliche Bergarbeiterorganisation tatsächlich der Anlaß. Für die christlichen Gewerkschaften ist der Streik nicht Selbstzweck. Er ist nur ein Mittel zum Zweck, das nur dann zur Anwendung kommen darf, wenn die Opfer, die es erfordert, im Verhältnis zum Kampfsobjekt stehen und wenn auf anderem Wege ein Erfolg ausgeschlossen ist. Die Saarbergarbeiterbewegung war die erste große Bewegung von Bergleuten, bei der ein direkter Erfolg festzustellen ist; alle bisherigen größeren Bergarbeiterstreiks (1889, 1893, 1905, 1910 im Mansfelder Revier) gingen verloren.

Nun wollen allerdings die "Berliner" den Erfolg erzielt haben. Nein, das stimmt nicht. Die Leute wollen sich nur mit fremden Federn schmücken. Am 7. Dezember war der "Berliner" Sekretär Cösmann beim Handelsminister, am 11. Dezember wiederum, in Begleitung der Herren Abgeordneten Dr. Werr und Statfelter. Mehr als die bereits angeführten unverbindlichen Zusagen haben die Herren nicht erzielt. Von einem Erfolg können sie also gar nicht reden.

Während die Hirsch-Dunderbergschen Gewerkschaften mit den Genossen durchs Saargebiet ziehen und den "totalen Mißerfolg und den Arbeiterverrat des christlichen Bergarbeiterverbandes" brandmarken, feiert der Hirsch-Dunderbergsche Führer Anton Erlesen in seiner Wochenschrift "Die Wacht" (Nr. 2) das Resultat der Bewegung als einen großen Erfolg gewerkschaftlicher Einsicht und Schulung. "Was die schließliche Verhütung des Streiks betrifft", schreibt das Blatt, "so kann man, vom Boden gewerkschaftlicher Grundzüge aus, hier kaum kritisieren. . . Es gehört zur gewerkschaftlichen Schulung, daß die Massen in so kritischen Augenblicken dem Führer nicht aus der Hand gehen. Und das ist den Christen gelungen, nebenbei gesagt, zum allerersten Mal im deutschen Steinkohlenbergbau. Auch daß es ihnen gelang, die Massen in Ruhe und Ordnung künden zu lassen, sie bis zum entscheidenden Tage im Betrieb zu halten, ist etwas Neues im Steinkohlenbergbau. Jeder, der wünscht, daß die Bergarbeiter bald in die Lage kommen, mit ihren Grubenherren ein deutliches Wort zu reden, muß sich über die im Saargebiet zum Ausdruck gekommenen Fortschritte in der gewerkschaftlichen Schulung freuen."

Und liebend ruft er sie zurück. . . ! Nämlich der sozialdemokratische Textilarbeiterverband in Mülhausen (Sf.) diejenigen seiner Mitglieder, welche bei der letzten Streikbewegung den Streikbrecher gespielt haben. Die Zitierteitung Mülhausen des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes verächtliche folgendes hektographierte Rundschreiben:

"Deutscher Textilarbeiterverband Zentrale Mülhausen! An das Mitglied . . . Sie werden dringend eruchtet, an der am Mittwoch, den 22. Januar 1913, abends 8 Uhr im Lokale Weinzorn, Dornacherstr. 6, stattfindenden außerordentlichen Generalversammlung teilzunehmen. Da Sie durch Ihr Vorgehen bei dem letzten Streik, die Interessen der kämpfenden Arbeiter und Arbeiterinnen schädigten, indem Sie vor dem allgemeinen Beschluß die Arbeit wieder aufgenommen oder diese trotz Beschluß der Organisation nicht niederlegten, sind wir zu einer gegenseitigen Aussprache gezwungen und ersuchen Sie deshalb, dringend zu erscheinen. Die am 14. Januar stattgefundene Vertrauensmännerversammlung mit den verschiedenen Streikkommissionen hat beschlossen, daß, wenn Sie sich an der Versammlung beteiligen, wir nicht das schärfste Mittel, den Ausschluß aus dem Verband, beantragen wollen. Sie vielmehr nur zwecks gegenseitiger Rücksprache einladen. Wir erwarten daher dringend Ihr Erscheinen in dieser Versammlung. S. A. des Vorstandes: Josef Gsell."

In dem vorstehenden Rundschreiben finden wir zwei Punkte besonders interessant: erkens, daß es für den Massenbetrieb fabriziert wurde, denn es kann sowohl für diejenigen, welche die Arbeit überhaupt nicht niederlegten, als auch für solche, welche während des Streiks zum Streikbrecher wurden, benutzt werden. Es müssen demnach doch beide Kategorien, und zwar nicht zu knapp, vertreten gewesen sein. Dann verspürt man in dem obigen Rundschreiben auch rein gar nichts von den Kämpfen sittlicher Entrüstung, welche sozialdemokratischerseits sonst über den einzelnen Streikbrecher ausgegossen werden. Aber pardon! Es handelt sich hier nicht um den einzelnen, sondern um Massen. Und darum haben wir hier vielleicht einen interessanten Fall sozialdemokratischer Massenpsychologie vor uns.

Ein großer Kampf im Holzgewerbe? Die Tarifperiode im Holzgewerbe geht mit dem 15. Februar zu Ende. Bis jetzt ist für die Arbeiter dieser Branche nur wenig Aussicht vorhanden, eine sie befriedigende Erneuerung des Tarifs auf friedlichem Wege zu erlangen. Die zuletzt am 16. Januar in den Räumen der Berliner Handwerkskammer stattgefundenen Verhandlungen zwischen den Zentralinstanzen der in Betracht kommenden Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen sind vollständig gescheitert. Die Unternehmer verlangen statt der bisherigen vierjährigen Vertragsdauer eine solche von drei Jahren. Die Lohnerhöhung solle zwei und drei Pfennige pro Stunde für die ganze Vertragsdauer betragen. Nur dort, wo nach ihrem Vorschlag während der letzten die Arbeitszeit um eine oder zwei Stunden pro Woche verkürzt werden soll, wollen sie einen resp. zwei weitere Pfennige als Ausgleich zugestehen. Bezüglich der Arbeitszeit verlangen die Unternehmer von den Arbeitern für alle Orte mit einer Arbeitszeit bis zu 54 Stunden pro Woche den Verzicht auf jede weitere Verkürzung während der Vertragsdauer. Das sind die wichtigsten Differenzpunkte. Die Arbeiter erklärten diese Bedingungen für unannehmbar. Vor allem seien in der jetzigen Zeit der Veruerung die gebotenen Lohnzulagen entschieden zu gering. Da die Unternehmer auf ihren Bedingungen beharrten, verließen die Verhandlungen resultatlos.

Damit steht das Holzgewerbe vor einer ernsten Situation. In der "Fachszeitung", dem Organ des

Arbeitgeberfachverbandes für die Holzindustrie, veröffentlicht der Vorsitzende des Verbandes bereits folgende Kampfmaßnahmen für die Arbeitgeber:

"So sehr wir die Zuspitzung der Verhältnisse auch bedauern, und so gern wir auch den Frieden in unserem Gewerbe erhalten hätten, so bleibt uns doch nach Ablehnung unseres Angebotes, mit dem wir schon weit über die Grenze unserer Leistungsfähigkeit gegangen sind, nichts anderes übrig, als am 15. Februar zur Aussperrung zu greifen.

Unsere Mitglieder haben sich deshalb in der Vergabe neuer Aufträge so einzurichten, daß alle in ihren Betrieben beschäftigten Arbeiter, und zwar ohne Rücksicht auf deren Organisationszugehörigkeit, am 15. Februar entlassen werden können."

Der "Holzarbeiter", das Organ des christlichen Holzarbeiterverbandes, ist denn auch der Ansicht, daß an eine friedliche Beilegung der Differenzen kaum noch zu denken ist. "Gut", sagt er, "daß unser Verband von dem Gang der Dinge nicht überrascht wird." Dieser könne mit seinen 1/4 Million Mark Barvermögen den kommenden Dingen ruhig entgegensehen. Das Recht sei auf Seiten der Arbeiter. "Sollte es darum," so schließt er seine Betrachtung, "zum Kampfe kommen, so nehmen wir ihn mit gutem Gewissen auf. Wir werden die sehr berechtigten Interessen unserer Mitglieder nachdrücklich zu vertreten wissen. Diese werden erneut zeigen, daß bei ihnen die gewerkschaftlichen Tugenden, Disziplin, Solidarität und Opferfreudigkeit, nicht leere Worte sind."

Förderung der Gelben in der Textilindustrie. Am 18. Januar tagte in Düsseldorf die Jahresversammlung des Vereins der deutschen Textilveredelungsindustrie, dem in der Hauptsache die Färbereien, Druckereien, Appreturen, Bleichereien oder andere Textilausrüstungs-gewerbe Westdeutschlands angehören.

Der Verein will sich nun mit besonderem Eifer der Gründung von gelben Werkvereinen innerhalb der ihm angeschlossenen Betriebe widmen. Auf der Jahresversammlung hielt nämlich ein Herr Ingenieur Arnhold aus Barmen einen Vortrag über die Bedeutung, die bisherige Entwicklung und die Begründung von wirtschaftsfriedlichen Arbeiterwerkvereinen. Der Vortrag löste eine sehr rege Erörterung aus, in der die Notwendigkeit der Förderung der wirtschaftsfriedlichen Gewerkschaften für eine gesunde Entwicklung der deutschen Industrie anerkannt wurde.

Wenn wir nicht irren, hat der um die Interessen der Arbeitgeber sehr besorgte Herr Ingenieur auch in Barmen den Versuch gemacht, das gelbe Fieber einzuschleppen. Vielen Erfolg hat er allerdings nicht erzielt. Wir sind der Ueberzeugung, daß auch der Verein der deutschen Textilveredelungsindustrie nicht viel Freude an seinen gelben Mitteln zur Förderung einer "gesunden Entwicklung der deutschen Industrie" haben wird. Im Westen Deutschlands ist in der Textilindustrie kein Boden für die gelbe Sumpfpflanze.

Aber dennoch sollten unsere Textilarbeiter allenthalben auf der Hut sein und die Augen offen halten.

Aus einer gelben Textilmanufaktur. Die "Neue Augsburgische Kattunfabrik" gehört zu jenen Betrieben, wo das gelbe Fieber dominiert. In diesem Betriebe gehört

Aus der ältesten Geschichte des Seidenbaues und des Seidengewerbes.

Die Seide ist nicht nur in der Geschichte der Textilindustrie von großer Wichtigkeit, darüber hinaus hat das Seidengewerbe auch in der Kulturgeschichte der alten Völker eine sehr wichtige Rolle gespielt. Namentlich die Kunstgeschichte ist eng mit dem Seidengewerbe und mit der Herstellung von seidenen Gegenständen der verschiedensten Art verbunden. Der hohe Preis der Seide hatte von vornehmer zur Voraussetzung, daß Seidenstoffe nur von den Großen und Reichen, von Königen und Fürsten und zu kirchlichen Zwecken verwendet werden konnten.

Die älteste Geschichte der Seide weist auf China hin. In diesem Lande wurde zuerst der Seidenbau getrieben, und zwar ist es die Provinz Schantung, die als Heimat des Seidenbaues und des Seidengewerbes angesehen werden kann. Wir wollen die mythologischen Angaben über den Ursprung der Seide beiseite lassen und dort beginnen, wo schon etwas zuverlässigere Angaben vorliegen. Danach war in China bereits ums Jahr 3000 vor Chr. die Seide bekannt. Sie wurde aber zunächst nicht zur Anfertigung von Kleidungsstücken, von Prunkdecken ufm. verwendet, sondern aus der Seide wurden nur Zugschiffen hergestellt. Soweit von einem eigentlichen Seidengewerbe gesprochen werden kann, scheint dieses in der Zeit von 3000 bis 2000 vor Chr. entstanden zu sein. Im Jahre 2567 werden in der chinesischen Geschichte schon große Seidenhäuser erwähnt, die in der Provinz Schantung errichtet waren. Auch ist von Seidenstoffen die Rede, die an den kaiserlichen Hof geliefert werden mußten. Auch damals scheinen noch keine seidenen Kleider angefertigt worden zu sein, sondern die Seidengewebe wurden nur zu Fahnen und Schirmen verarbeitet, die als Abzeichen von Rang und Würden dienten. Wie bis in die neueste Zeit hinein waren die gelben Seidenstoffe nur für den Kaiser, für die Frauen des Kaisers war die violette Farbe vorbehalten, die Farben blau, rot und schwarz kamen, je nach der Rangstufe, den Ritten zu.

Zunächst waren nämlich auch Seidenfärbereien entstanden, deren erste im Jahre 220 vor Chr. erwähnt werden. Um das Jahr 220 wurden durch den regierenden Kaiser Maßnahmen ergriffen, die eine weitere Ausdehnung des Seidenbaues ermöglichen sollten. Insbesondere wurden Klempner vertriebt und die Anpflanzung von Maulbeerbäumen befohlen. Eine besonders große Erweiterung des Seidenbaues brachte dann die Ausbreitung des Lebensfürstentums in China ungefähr um das Jahr 1200 vor Chr. Die Lebensfürsten wollten dem Glanze des kaiserlichen Hofes

nachzueifern; sie waren darauf bedacht, mit recht vielen Seidenstoffen zu glänzen, und so waren sie bemüht, auf ihren Territorien den Seidenbau einzuführen und zu erweitern.

Nach und nach wurden auch bei der Bearbeitung der Seide Verbesserungen eingeführt, und im 8. Jahrhundert vor Chr. wurden bereits prunkvolle Goldbrokate und andere kostbare Seidenstoffe hergestellt. Im Jahre 866 kam auch noch eine kaiserliche Verordnung heraus, wonach in jeder Provinz eine bestimmte Anzahl von Maulbeerbäumen angepflanzt und erhalten werden sollten. Die anarchischen Zustände, die dann aber zwischen dem 8. und dem 3. Jahrhundert vor Chr. in China eintraten und die allgemein einen Rückgang der wirtschaftlichen Entwicklung zur Folge hatten, wirkten auch auf den Seidenbau und auf das Seidengewerbe schädigend ein. Immerhin scheint aber der Seidenbau in dieser Zeit noch eine weitere Ausbreitung gefunden zu haben, in erster Linie wohl deshalb, weil die Naturalsteuer in Seide erhoben wurde.

Ein Handelsverkehr mit Seide oder mit Seidenwaren zwischen China und anderen Ländern hat wahrscheinlich bis zum Ende des 3. Jahrhunderts vor Chr. nicht bestanden, wenigstens lassen sich dafür keine Belege finden. Der Reiz der Seide, deren Verarbeitung und Verwendung, war gegen 300 Jahre d. S. Privilegium der Bevölkerung in China, und erst nach dem 3. Jahrhundert vor Chr. lernten auch andere Völker die Verwendung der Seide kennen.

Das Privilegium der Chinesen im Anbau und in der Verwendung der Seide wurde zuerst beseitigt durch die Auswanderung von Chinesen. Um das Jahr 200 vor Chr. wanderten große Züge von Chinesen nach Korea aus, und diese Auswanderer führten dann auch die Seidenzucht und die Bearbeitung der Seide in Korea ein.

Von Korea aus scheint der Seidenbau in Japan eingeführt worden zu sein, doch dürfte dies erst am Beginn der christlichen Zeitrechnung geschehen sein. Nach japanischen Ueberlieferungen soll die Einführung der Seidenkultur in Japan im ersten Jahrhundert der christlichen Zeitrechnung durch koranische Kriegsgefangene geschehen sein, die in Japan angeheiratet worden waren. Bei der Bearbeitung der Seide sollen dann in Japan auch noch chinesische Handwerker herangezogen worden sein. Im fünften Jahrhundert unserer Zeitrechnung hatte dann aber die Seidenkultur in Japan schon eine große Ausdehnung angenommen, und es konnte ein Beschluß herausgegeben werden, demzufolge die Landbesitzer ihre Steuern in Seide zu entrichten hatten. In so manchen Zeiten soll in Japan die Seidenzucht eine so weite Ausbreitung gehabt haben, daß die Reiskultur fast zurückgedrängt wurde und die Gefahr einer Lebensmittellücke eintrat. Dann wurden Bestimmungen erlassen, wonach die Seidenkultur eingeschränkt werden mußte. Sie durfte nur noch in bestimmten Land-

strichen betrieben werden und dem gewöhnlichen Volk wurde die Benutzung von seidenen Geweben verboten.

Seidenraupen, die eine sehr minderwertige Seide lieferten, scheinen schon sehr früh auch bereits im westlichen Asien, in Indien und Persien bekannt gewesen zu sein, die Seidenraupen, die eine feine Seide lieferten, sind aber erst gegen das 6. Jahrhundert unserer Zeitrechnung nach Westasien eingeführt worden. Wenn sonst in der ältesten Geschichte vor dem 3. Jahrhundert vor Chr. mancherlei kostbare Gewänder erwähnt werden, so dürften das niemals Seidengewänder gewesen sein, oder wenigstens nicht Seidengewänder von der Feinheit, wie sie in China hergestellt wurden, Seidengewänder von der echten Maulbeerseide. Die erste echte Maulbeerseide aus China kam im 2. Jahrhundert vor Chr. durch Vermittlung parthischer Kaufleute nach Europa. Mit der Zeit kamen aber auch chinesische Seidenwaren durch Eroberungszüge nach Europa. Auch im alten Rom wurde schließlich die chinesische Seide von den Mächtigen und Reichen geschätzt. Die aus China stammenden Seidenwaren scheinen aber ziemlich dick gewesen zu sein; denn nach den Angaben griechischer und römischer Schriftsteller wurden die chinesischen Seidengewebe in Europa Fäden für Fäden aufgetrennt. Die einzelnen Fäden wurden dann nochmals auseinandergelegt und die so entstandenen feinen Fäden sind dann wieder zu ganz feinen, leichten und luftigen Geweben verarbeitet worden.

Infolge der Seltenheit der chinesischen Seide und wegen des weiten Transportes mußten natürlich auch für chinesische Seidenwaren in Europa ganz außergewöhnlich hohe Preise bezahlt werden. Selbst die Mächtigen und Reichsten konnten sich zunächst nur die Prachtgewänder aus Seide anfertigen lassen, und als dann mit dem zunehmenden Luxus Seidengewänder immer mehr aufkamen, wurden auch bald Gesehe erlassen, die eine Einschränkung der Verwendung seidenen Gewänder herbeiführen sollten.

Eine besonders große Verschwendung in seidenen Gewändern betrieb der römische Kaiser Gaius Caesar Augustus Germanicus, der deshalb neben seinem Spottnamen Caligula, unter dem er in der Geschichte bekannt ist, auch noch den Spottnamen sericatus, der Seidene, erhielt. Die Seide war damals so teuer, daß sie mit Gold aufgewogen wurde und im alten Rom bildeten sich Räuberbanden, die die Gräber der Vornehmen öffneten und die seidenen Gewänder stahlen. Erst nachdem die Römer mit China selbst einen Handelsverkehr begannen, etwa im 4. Jahrhundert unserer Zeitrechnung, ging der Preis der Seide herunter. Um dieselbe Zeit scheint auch die Verarbeitung von Seide in Rom eingeführt worden zu sein. Durch die Völkerwanderung wurden dann die Seidenstoffe auch in anderen Ländern bekannt. A. M.

die Arbeiterschaft zu zwei Drittel dem gelben Werkverein an. Wie in diesem Betriebe die Lohn- und Arbeitsverhältnisse geregelt sind resp. von der Fabrikleitung geregelt werden, geht aus folgendem Anschlag hervor:

Bekanntmachung.

Ich mache die Arbeiterschaft der Druckerei darauf aufmerksam, daß das bummelige Arbeiten mich zwingen wird, die Prämien zu streichen und unter den Hintermännern und Stückführern Entlassungen vorzunehmen.

Augsburg, den 15. Januar 1913.

Stempel.

Dr. Clairmont.

Die „Gelben“ haben dabei ruhig zu schweigen. Sie müssen sich obendrein von den so wie so schon niederen Löhnen noch einen weiteren Abzug gefallen lassen. Aber nicht nur dies, sondern auch mit Entlassung droht die „wohlwollende“ Betriebsleitung. Es wäre viel vernünftiger für die Arbeiterschaft der Neuen Augsburger Kattunfabrik, sich einer Organisation anzuschließen, die in der Lage ist, die Rechte der Arbeiterschaft mit allem Nachdruck zu vertreten.

Wenn du dich selber machst zum Knecht, Bedauert dich niemand, geht's dir schlecht."

Eine wichtige Entscheidung über den Begriff „Invalidität“. Bekanntlich kann Invalidenrente nur bei bezogen, der nicht mehr in der Lage ist, auf dem allgemeinen Arbeitsmarkte ein Drittel des üblichen Lohnes zu verdienen. Diese Bestimmung führt zu mancherlei Härten und macht es außerordentlich schwer, in den Genuss der Rente zu kommen. Nun liegt jedoch eine höchstgerichtliche Entscheidung vor, die einen wesentlich anderen Standpunkt vertritt.

Es handelte sich um einen Textilarbeiter und zwar um einen Strumpfwirker, der Antrag auf Invalidenrente gestellt hatte. Die untere Verwaltungsbehörde hatte dem Antrage stattgegeben, die Landesversicherungsanstalt jedoch die Rente abgelehnt. Das Oberverwaltungsamt schloß sich dem ablehnenden Antrage an, weil der Vertrauensarzt begutachtet hatte, die Erwerbsfähigkeit sei „nur“ um 50-60% beschränkt. Sie sei also nicht unter ein Drittel des Normalen gesunken.

Nun kam eine Revision an das Königlich Sächsische Landesversicherungsamt zustande, das einen wesentlich anderen Standpunkt einnahm. Es entschied, daß nach § 1255 Abs. 2 der Reichsversicherungsordnung es darauf ankomme, „ob der Arbeiter nach seinen konkreten Verhältnissen, d. h. unter billiger Berücksichtigung seiner Ausbildung und seines bisherigen Berufs mit den ihm verbliebenen Kräften und Fähigkeiten noch ein Drittel des Normalen zu erwerben vermag. Das würde vom Oberverwaltungsamt verkannt, wenn es ohne jede Erwägung und Erörterung in der Richtung, ob der Kläger bei Berücksichtigung seines Alters und seines bisherigen Berufs die ihm noch verbliebene Arbeitskraft sachgemäß zu bewerten vermöge, lediglich auf Grund der Einschätzung der Minderung der Erwerbsfähigkeit durch die beiden Krankenhäuser das Vorliegen der Invalidität verneine. Rüge auch an sich ein Arbeiter mit dem Gebrechen des Klägers durchschnittlich fähig sein, auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt noch 40-50% des Normalen zu verdienen, so stehen doch die besonderen Verhältnisse des 62 Jahre alten Klägers die Ermöglichung eines solchen Verdienstes als wenig wahrscheinlich erscheinen.

Das angefochtene Urteil wurde deshalb wegen unzutreffender Auffassung des Begriffs der Invalidität und ungenügender Begründung gemäß § 1697 Ziffer 1 der RVO. aufgehoben und die Sache an das Oberverwaltungsamt zurückverwiesen, damit dieses in eine nähere Prüfung darüber eintrete, ob der Kläger nach seinen besonderen Verhältnissen imstande sei, mindestens noch ein Drittel dessen zu erwerben, was körperlich und geistig gesunde Personen derselben Art mit ähnlicher Ausbildung in derselben Gegend durch Arbeit zu verdienen pflegen."

Dieses Urteil ist wichtig, weil es die besonderen Verhältnisse des Antragstellers, ferner seine bisherige Stellung und seine Ausbildung bei der Entscheidung, ob Invalidität vorliegt oder nicht, berücksichtigt wissen will. Diese Individualisierung bedeutet ein Fortschritt gegenüber der bislang allgemein üblichen Egalisierung.

Wie verteuert der Zwischenhandel die Waren?

Die Frage, in welchem Maße der Zwischenhandel die Waren verteuert, spielt bei der ganzen Lebensmittelversorgung eine außerordentlich wichtige Rolle. Eine sehr gute Darstellung der Verhältnisse gibt nun Calwer in Nr. 15 seiner „Konjunktur“.

Die Groß- und Kleinhandelspreise für Kartoffeln entwickelten sich nach einem Vergleich der amtlichen Notierungen im Durchschnitt für 50 preussische Städte im November der letzten Jahre wie folgt:

November	Großhandelspreise 100 kg in Mark	Kleinhandelspreise 1 kg in Pfennigen	Aufschlag pro Tonne in Mark
1909	54,9	7,2	17,10
1910	59,4	7,6	16,60
1911	78,1	9,9	20,90
1912	53,1	7,3	19,90

Daraus ergibt sich einmal, daß zur Zeit der hohen Kartoffelpreise im Herbst 1911 die Detailpreise erheblich stärker anwogen als die Großhandelsnotierungen. Als dann die gute letzte Ernte die Verkaufspreise der Landwirtschaft wieder auf ein erträgliches Niveau zurückbrachte, blieb der Aufschlag

im Zwischenhandel merklich höher als im Herbst 1909, wo ähnliche Großhandelspreise gezahlt wurden.

„Es kann nach mancherlei Erfahrungen keinem Zweifel mehr unterliegen,“ sagt Calwer, „daß sich die Steigerung der Kartoffelpreise um mehr als 33,3%, die der weite Weg vom Produzenten zum Konsumenten mit sich bringt, auf ein erheblich geringeres Maß reduzieren läßt.“

Das gleiche gilt von einigen anderen vegetabilischen Nahrungsmitteln, die für die minderbemittelten Schichten besonders in Betracht kommen. Es liegen Notierungen für Speiseerbsen vor. Nach den Erhebungen in den gleichen 50 Städten wurden gelbe Erbsen zum Kochen im November der letzten Jahre durchschnittlich wie folgt bezahlt:

November	Großhandelspreise 1000 kg in Mark	Kleinhandelspreise 1 kg in Pfennigen	Aufschlag pro Tonne in Mark
1909	290,7	37,7	86,30
1910	285,9	37,3	87,10
1911	351,2	43,9	87,80
1912	311,2	39,9	87,80

Wie wenig organisiert der Verteilungsapparat tatsächlich ist, ergibt sich aus einem Vergleich der Notierungen in den verschiedenen Städten; die Unterschiede werden durch etwaige größere Entfernungen vom Produktionsgebiet und dadurch bedingte höhere Frachten oder durch andere Schwierigkeiten der Verteilung bei weitem nicht ausreichend erklärt. Kartoffeln waren pro Tonne im Großhandel und pro Kilo im Kleinhandel im November 1912 zu folgenden Preisen zu kaufen:

Nov. 1912	Großhandelspreise 1000 kg in Mark	Kleinhandelspreise 1 kg in Pfennigen	Aufschlag pro Tonne in Mark
Memel	62	9	28
Berlin	50	6	10
Posen	45	10	55
Cassel	60	11	50
Saarbrücken	56	6	4

Saarbrücken auf der einen, Cassel und Posen auf der anderen Seite sind durchaus keine Ausnahmefälle. Und selbst wenn sie das wären, so wären sie ein gutes Beispiel für die Regellosigkeit der Preisgestaltung bei der Warenverteilung. Sie zeigen zugleich, wie sehr öffentliche Eingriffe in die Warenverteilung der Allgemeinheit zugute kämen.

Calwer verlangt zur Milderung der Verteuerung durch den Zwischenhandel eine entschiedene Unterstützung der Bestrebungen, die auf Abklärung des Weges vom Produzenten zum Konsumenten zielen, Förderung der Konsumvereine, Versorgung mit Lebensmitteln durch größere Verbände, wie Kommunen oder private Organisationen.

Ein sozialdemokratisches Vexierbildchen.

Zu dem innerhalb der Sozialdemokratie immer wieder auftauchenden Problem „Masse und Führer“ bringt die „Leinz. Volksztg.“ (Nr. 17, 1913) einen neuen interessanten Beitrag. Ein Züricher Arzt namens Dr. Fritz Brubacher, Führer des linken Flügels der Züricher Sozialdemokratie, vertrat seit Jahresfrist in Wort und Schrift anarchistische Ideen. Die beiden sozialdemokratischen Parteiblätter in Zürich nahmen gegen ihren Genossen Dr. Brubacher Stellung, weil dessen Agitation auf eine neue Art des Nergewerkschaftertums hinauslaufe. Der Streit kam schließlich vor das Forum der Partei. Der Redakteur des einen Parteiblattes klagte Dr. B. an, daß er die Jugend vor allem mit Abscheu gegen die „Politiker“ erfüllt habe. Die „Leinz. Volksztg.“ gibt dann über den weiteren Verlauf der Verhandlungen folgenden Bericht:

„Nun aber geschah etwas für die Führer der politischen Bewegung Unermessliches: B. drehte den Spieß um und klagte die Führer an, schilderte die Misere der schweizerischen Arbeiterbewegung, die Abneigung der Schweizer Arbeiter gegen Organisationen, in denen, (wie das in der Schweiz das Normale ist) die Ausländer dominieren, und zählte in wuchtiger Rede eine große Anzahl der Sünden der Führer auf: das Mobilmachen von 200 Polizisten gegen die streikenden Fischer durch den sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Bogarslanger, das von diesem veranlaßte Militäraufgebot von 1906, das von ihm herbeigeführte Streikpostenverbot von 1912, die Maßregelung von 20 städtischen Arbeitern durch die vier sozialdemokratischen Stadträte wegen Beteiligung am Generalfreik vom 12. Juli“, und anderes mehr. Waren schon diese Anklagen von stürmischem Beifall der großen Mehrheit der etwa 200 Delegierten begleitet gewesen, so erreichte der Sturm seinen Höhepunkt, als B. an das Wüten der Reaktion nach dem 12. Juli erinnerte und in den Saal rief: „Weshalb hat das Volksrecht und die Union bis heute noch kein Wort dagegen gesagt, daß am Abend des Generalfreitages die vier sozialdemokratischen Stadträte für die Mobilmachung der bewaffneten Truppenmacht gestimmt und damit das infame Militäraufgebot gegen die friedlichen Demonstranten ermöglicht gemacht haben?“ Minutenlang dauerte der Beifall; alle Delegierten hatten sich erhoben und jabelten dem Redner begeistert zu, und ketten der wie vor den Kopf geschlagenen Führer war es möglich, sich auch nur für Augenblicke Ruhe und Gehör zu verschaffen. Und selbstbewußt konnte B. nun erklären, daß seine Agitationsweise gegen diese Art von Führer nichts anderes sei als eine Folge ihrer Fehler, eine Folge ihres mangelnden Klassenbewußtseins, eine Folge davon, daß die Führer, wie ja auch der demonstrative Beifall zum laundsovielen Male beweise, die Fühlung mit den Massen verloren hätten, daß er, B., nur das ausspreche, was sei, das, was in Tat und Wahrheit Wille und Sehnen der Masse sei. Und anstatt sich zu verteidigen, klagte er an und verkündete diesen Kampf gegen die durch die Mauern des Rathauses von den Massen völlig abgeschlossene Führer so lange weiterzukämpfen, bis die Masse diese Führer torgigert und die Führung der Partei selber in die Hand nehme. Wieder erbrauchten die Beifallsstürme, verhallten die Beschwichtigungsversuche der „Politiker“.

Drei Abende nahm die „Abrechnung“ mit den „Führern“ in Anspruch. Schließlich wurden die „Taten“ der letzteren mit großer Mehrheit „aufs schärfste“ verurteilt. Verurteilt wurde zwar auch die anarchistische Agitation des Genossen Dr. B. Doch wurden diesem mildernde Umstände zugebilligt, weil sein Auftreten „eine Folge der opportunistischen und vielfach gegen die Grundsätze der Partei verstoßenden Politik der sozialdemokratischen Vertreter und deren Parteiorgane“ sei.

Die „Leinz. Volksztg.“ betrachtet diesen Vorgang als ein Beispiel dafür, „daß die Massen der Proletarier die Fehler der Führer torgigerten“. In Wirklichkeit beweist er nur, daß in Zürich die radikalen Genossen die Oberhand haben. Deren verheerende und radikalisierende Tätigkeit hat die Massen soweit gebracht. Sie hat jenen Terror erzeugt, der derart auswuchs, daß selbst führende Genossen in verantwortlichen öffentlichen Ämtern sich im Interesse von Ordnung und Sicherheit gezwungen sahen, gegen die eigenen Gesinnungsgenossen Polizei und Militär aufmarschieren zu lassen. Es zeigt dies, daß selbst die Sozialdemokratie in dem Moment, wo sie die Verantwortung zu tragen hat, die von ihr gerufenen Geister nur durch brutale Gewalt zu bändigen vermag.

Die Treue ist dennoch ein leerer Wahn.

Um in seinem Betriebe mit dem „organisierten Gesindel“ auszuräumen, warf der Inhaber der Firma William Frym, Fabrik für Druckknöpfe und Nadelwaren in Stolberg (Rhld.) vier Vertrauensmänner des christlichen Metallarbeiterverbandes auf die Straße. Dann sollte den Arbeitern des Betriebes der gelbe Verein einfach aufgezwungen werden. Das ließen sich die organisierten Arbeiter natürlich nicht gefallen. In ihrer Aufregung ließen sie sich leider zu einem Kontraktbruch hinreißen, indem sie ohne Kündigung die Arbeit einstellten. Das ist nicht zu billigen, aber unter den gegebenen Verhältnissen doch zu verstehen. Wengleich die Arbeitsniederlegung unter Kontraktbruch von den Organisationsleitungen nicht gutgeheißen wurde, so erklärten sie — einschließlich der des Hirsch-Dunderschen Gewerksvereins — doch ihre Zustimmung zu dem Kampfe, da die Firma durch fortgesetzte Akkordreduzierungen, Maßregelungen und vor allem durch die Auszahlung einer „Weihnachtsgratifikation“ geknüppte Verbindung, aus den Gewerkschaftsverbänden auszutreten, zur Arbeitsniederlegung provoziert hatte. Etwa ein Drittel der Ausständigen gehörte dem Gewerksverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter Hirsch-Dunder an, dessen Führer, Hartmann-Nachen, die Arbeiter in einer entscheidenden Versammlung in der schärfsten Weise zum Kampf aufgefordert hatte.

Am 15. Januar — fünf Tage nach der Arbeitseinstellung — suchte Herr Hartmann ohne Wissen der andern am Kampfe beteiligten Organisationen Verhandlungen nach und führte nach der Erklärung des Firmenvertreters,

„die Mitglieder des Hirsch-Dunderschen Vereins können die Arbeit wieder aufnehmen, die Mitglieder des christlichen Metallarbeiterverbandes aber müssen durch Unterschrift erklären, aus dem Verbands auszutreten“,

eine Abstimmung unter seinen Mitgliedern herbei. Den Standpunkt seiner Organisation zu dem Angebot der Firma legte Hartmann in folgenden Worten dar: „Die Zugehörigkeit zum Gewerksverein ist unseren Mitgliedern freigegeben, für uns ist somit das Organisationsrecht gewahrt und fällt damit für uns der Grund zum weiteren Streit weg“.

Die Mitglieder des Hirsch-Dunderschen Vereins beschloßen dann, unter diesen Bedingungen die Arbeit aufzunehmen, was dann am 16. Januar, morgens 6 Uhr geschah. Zur Charakterisierung des Verhaltens der Hirsch-Dunderschen ist noch zu bemerken, daß die Firma auf die von einer Arbeiterkommission vorgelegten Fragen, ob die Ausständigen und Gemäßigten wieder eingestellt würden und an der Wiedereinstellung Bedingungen in bezug auf die Zugehörigkeit zur Organisation geknüpft werden sollten, antwortete: „Von den Mitgliedern des christlichen Verbandes wird niemand wieder eingestellt“. Vermittlungsversuche, die von unbeteiligten Seite unternommen wurden, endeten mit demselben Resultat.

Wenn zwei Verbände gemeinsam in einen Kampf eintreten, dann müssen sie gemeinsam durchhalten. Aber hinterücks Verhandlungen anbahnen, um für seine Mitglieder Gnade zu erbitten, die Mitglieder des mitkämpfenden Verbandes aber einfach maßregeln lassen, das ist ein schmachlicher Treubruch, ein schmachliches und verabscheuungswürdiges Verhalten.

Im Reichstage kam in der vergangenen Woche der Antrag der konservativen Partei auf Verbot des Streikpostenstehens zur Abstimmung. Daß unter unseren Volkvertretern wenig Neigung für solche rückschrittlichen Experimente vorhanden ist, ging daraus hervor, daß von 287 Abgeordneten nur 52 dafür stimmten.

Bei der Debatte über die Bewilligung eines Beitrages für die „Zentralstelle für Volkswohlfahrt“, hielt der sozialdemokratische Abgeordnete Schulz eine wütende Rede gegen die Zentralstelle, weil sie angeblich die sozialdemokratische Jugendbewegung bekämpft. Die Zentralstelle für Volkswohlfahrt ist eine Vereinigung von Personen aller Stände und Parteien und Religionsgemeinschaften, um in streng neutralem Sinne sich der Jugendfürsorge zu widmen. Während sämtliche Parteien, die zu Worte kamen, den Beitrag gerne bewilligten, lehnte ihn die Sozialdemokratie ab.

Für die auf Grund der Reichsversicherungsordnung zu gewährenden Leistungen wurden für das neue Etatsjahr 57120000 Mark gefordert. Zu dieser Forderung lag eine Resolution der Budgetkommission vor, worin

gefordert wird, „neue Zahlen über die Belastung des Reichs und der Versicherten aus der Hinterbliebenenversicherung aufstellen zu lassen. Sollte sich ergeben, daß höhere Renten gewährt werden können, so soll dem Reichstag schleunigst eine bezügliche Vorlage gemacht werden.“

Ministerialdirektor Caspar teilte mit, daß die Zahl der Witwenrenten von 92 im ersten auf 1800 im letzten Quartal 1912 gestiegen sei. Außerdem seien im Vorjahre 4000 Witwenrenten und 14000 Waisenrenten beantragt worden.

Bei der Besprechung dieses Punktes kam auch die Rede auf die Schrift des Berliner Professors Bernhardt über „unerwünschte Folgen der Sozialpolitik“. Die Schrift gibt im großen und ganzen den bekannten Vortrag wieder, den der wissenschaftliche Herr im Vorjahre vor einer Versammlung des Vereins für Eisenhüttenleute gehalten hat. Kollege Hans Becker kennzeichnet die Schrift gut, als er sagte, sie sei abgetan durch ihre kolossale Uebertreibung. Nach ihren Behauptungen müßte man annehmen, daß die übergroße Mehrzahl aller versicherten Arbeiter Simulanten und Rentenjäger seien. Die Arbeitersekretäre sollen danach schuld daran sein, daß die Renten so kolossal gestiegen sind.

Kollege Giesberts wies jedoch sehr zutreffend auf eine andere, nicht ungefährliche Seite der Sache hin.

„Das Vorgehen des Professors Bernhardt darf nicht unterschätzt werden; er ist der Führer einer großen Gruppe von Scharfmachern, die im In- und Auslande gegen unsere Sozialgesetzgebung Sturm laufen. Herr Bernhardt ist sogar erfucht worden, in dem Kursus für staatswissenschaftliche Fortbildung einen Vortrag über die Wirkung der deutsch-sozialen Gesetzgebung zu halten. Es ist überhaupt für Herrn Bernhardt eine ganz arge Neklame gemacht worden. Wir müssen alles daran setzen, diese scharfmacherische Richtung zurückzuweisen.“

Es wird dem Herrn Professor Bernhardt gewiß nicht zur besonderen Freude gereichen, daß seine Schrift selbst vom Staatssekretär Delbrück abgelehnt wurde. Die Bernhardt'sche Schrift ist bereits durch einen Vortrag des Präsidenten des Reichsversicherungsamtes und auch durch die Literatur widerlegt worden, jagte der Staatssekretär. Professor Bernhardt wird sich damit begnügen müssen, daß er mit seiner Schrift nur in einigen Kreisen der Großindustriellen Anhang findet.

Um den Treibern solcher scharfmacherischen Professoren mit gutem Material entgegenzutreten zu können, verlangten Dr. Pieper vom Zentrum und Gotthein von der Fortschrittlichen Volkspartei eine Denkschrift über die wirtschaftlichen, gesundheitlichen und sozialen Wirkungen der deutschen Arbeiterversicherung einschließlich ihrer Wirkung auf Handel und Gewerbe. Diese Denkschrift ist notwendig, damit wir einmal ein ganz klares Bild der Wirkungen unserer Sozialpolitik bekommen. Eine derartige Denkschrift würde außerdem den Vorteil bieten, daß auf Grund derselben es möglich würde, all die Schwarzseher zu belehren, die seinerzeit unserer sozialen Gesetzgebung kein günstiges Schicksal vorhergesagt haben. Die Denkschrift würde sicherlich dazu beitragen, die Freude und Genugtuung über das, was wir in sozialer Beziehung geschaffen haben, zu erhöhen und zu vertiefen. Sie würde aber auch aufklärend und belehrend wirken, damit sich in Zukunft nicht mehr so viele Personen durch falsche Darstellungen irreführen lassen.

Aus unserer Industrie.

Papier als Ersatz für Jute.

Aus Berlin wird der „Frankf. Ztg.“ geschrieben: „In der Juteindustrie des In- und Auslandes studiert man derzeit ein Kunstgarn, das möglicherweise den Juteberei bei der Herstellung vieler Artikel einen Zeit- oder Vorratssparnis für die Naturjute bietet. Ein solches Surrogat mag, wenn sein Herstellungspreis billig ist, der Juteindustrie nicht unerwünscht sein, nachdem der jetzige alleinige Rohstoff — bei dem stetig wachsenden Konsum vieler Industrien an Seilen, Handbepannungen, Kabelgarnen usw. und bei einer gewissen Beschränktheit der Anbaumöglichkeiten für Jute auch in Indien — sich gegen frühere Jahre (1901!) erheblich verteuert hat.“

Seitens der Leppischfabrik Glabiez in Adorf ist nun vor längerer Zeit ein Verfahren gefunden worden, mittels dessen aus besonders kräftigem Holzpapier durch Aufpressung eines Schleiers aus Baumwollfasern nach Zerlegung des Papiers in Streifen ein webbares Sara gesponnen werden kann. Die Patente zu dieser „Textilose“-Fabrikation hat für Deutschland, Österreich-Ungarn, Rußland und Rumänien die Textilose, G. m. b. H., in Berlin erworben.

Diese Patentgesellschaft ist vor einiger Zeit mit dem ziemlich weit geschlossenen österreich-ungarischen Jutekartell übereingekommen, gemeinschaftlich mehrere Textilosefabriken in Österreich und Ungarn in Aktienform zu errichten, von denen die erste in Steyr in Döbham im Bau ist. Eine weitere Fabrik entsteht in Lippels, wo eine besondere deutsche Textilose, G. m. b. H., unter Beteiligung weiterer Großkapitalisten (Herr Pfeil) als Tochtergesellschaft der Berliner G. m. b. H. gebildet wurde. Diese Fabrik und Spinnerei blieb aber außer Beziehungen zur deutschen Jutekonvention; ob diese letztere sich später noch einmal an dem neuen Verfahren beteiligen wird, ist nicht vorherzusehen. Jedenfalls schreiben derzeit keine Verhandlungen; das Gleiche gilt noch bezüglich der russischen und rumänischen Patente.

Herr Glabiez hat aber für eine Reihe von anderen Ländern seine Verfahren an eine französische Gesellschaft, La Textilose in Paris, abgetreten bzw. er steht anscheinend im Begriffe, weitere Lizenzen abzutreten, und hierauf bezieht sich wohl auch eine Meldung, wonach eine

internationale Kapitalistengruppe wegen Ankaufs der noch verfügbaren Textilosepatente mit „dem deutschen Textilosekonzern“ verhandelt, und monach mit französischem Bankkapital in Spanien eine Garnfabrik für 12000 Kilogramm Tagesleistung errichtet werde.

Ueber die Krefelder Seidenindustrie im Jahre 1912

fährte der Vorsitzende der Krefelder Handelskammer, Geh. Kommerzienrat Deussen, in der ersten Plenarsitzung dieses Jahres u. a. folgendes aus:

„Der Absatz in der Seidenindustrie erlitt, namentlich infolge der Kriegswirren, gegen Ende dieses Jahres eine erhebliche Einschränkung. Die im französischen Parlament beantragte Erhöhung der Zölle auf Seidenwaren hat sich nicht verwirklicht, dagegen haben wir dort sowohl als in Oesterreich und Rumänien über schärfere Auslegung der Zolltarife mehr zu klagen als bisher. In Canada werden im allgemeinen unsere Seidengewebe noch immer gegen Frankreich um 10% differenziert. Nur die Krawattenstoffe hat man, da man sie schlechterdings benötigte, davon befreit. Die hohen Zölle in den Vereinigten Staaten und die schikanöse Behandlung in der Verzollung hinderten das Geschäft erheblich.“

Gute Ausichten der schlesischen Leinenindustrie für 1913.

Mit dem Beginn des neuen Jahres hat sich, wie auch vorausgesehen war, das Geschäft in der gesamten Leinenindustrie wesentlich gebessert.

Spinnereien und Webereien sind, obwohl das Fehlen der Exportaufträge sich etwas bemerkbar machte, immerhin flüt beschäftigt und hatten bis jetzt nicht nötig, ihre Betriebe einzuschränken. Der Absatz auf ältere Kontrakte, soweit sie nicht disponiert sind, erfolgt jetzt, wo die Preise anziehen, sehr flott, und täglich gehen eine Anzahl neuer Aufträge zur sofortigen Lieferung oder mit ganz kurzfristiger Lieferfrist ein, was ja ein sicherer Beweis ist, daß die Lager bei den Großisten wie bei den Detaillisten nicht groß sind.

Auch bei den Webereien sind die Lagerbestände unbedeutend, sie haben mit größter Vorsicht gearbeitet, nur um nicht viel Lagerware herzustellen, was stets für sie schädlich war. Die hohen Garnpreise, die politischen Unruhen, der hohe Geldstand hielten Spinner wie Weber ab, im letzten Jahre ihre Betriebe zu vergrößern, die Angst, große Aufträge in den Bäckern zu sehen, war also nicht so groß, da sie für geraume Zeit Beschäftigung hatten. Das Geschäft in Damenware leinener und halbleinener Artikel wird immer größer, Tischtücher, Handtücher, Servietten werden vornehmlich in Leinen und Halbseinen gekauft. Sehr bevorzugt werden leinene Artikel noch von den Bekleidungsämtern, Wohltätigkeitsanstalten, Armen- und Krankenhäusern. Alle diese Anstalten decken ihren Bedarf in den altbewährten Leinenqualitäten.

Im allgemeinen hofft man auf eine gute Entwicklung in der Leinenbranche; jetzt, wo die Detaillisten daran gehen, ihre Lager zu kompletieren, die sie vor dem Feste gut geräumt haben, bestehen die besten Ausichten für das Jahr 1913.

Die Mode als Konjunkturfaktor.

Nicht länger fragen die Stofffabrikanten und Ladenbesitzer beim Saisonwechsel: Was wird die Mode des neuen Jahres bringen? Die Stoffindustrie will nur, banger Ahnungen voll, möglichst bald ergründen, was 1913 nun auch nicht mehr getrogen wird. Denn seit 5 Jahren — es läßt sich genau verfolgen — herrscht in der Frauenmode, immer wachsend und immer radikaler, die Tendenz, die Stüde der weiblichen Kleidung zu vermindern.

Ein führendes englisches Modeorgan spricht sogar geradezu von einer „Tendenz, unbedeutend zu gehen“, und die Folgen dieser Modelawne machen sich in der Stoffindustrie bereits bitterlich fühlbar. Seit 5 Jahren bestehen die Moden nur in einer Auscheidung von Kleidungsstücken. Es begann im Jahre 1908 mit dem Aufkommen der Directoire-Roben; und seitdem ist ein Kleidungsstück nach dem anderen verschwunden, ohne durch ein anderes ersetzt zu werden.

In den vornehmen Kreisen irrt man den Unterrock nicht mehr, die Bluse ist durch die Vorliebe für ganze Kleider hart bedrängt, der Gürtel darf nicht mehr im Solon getragen werden, die Schleifen und der Hutbesatz sind verschwunden, Schleier gelten nicht mehr als nobel, alle Kragen und Halsbekleidungen finden nur noch bei der arbeitenden Bevölkerung Absatz und auch das Futter der Kleider wurde gestrichen. Die Unterröcke seien als erstes, als Opfer der englandtenden Directoire-Mode, die Gürtel als Opfer der hochlosen Mode, die Mode, den Hals frei zu tragen, befeindete die Kragen, und mit dem Humpelrock — oft wurde schon darüber geklagt — verminderte sich der Stoffverbrauch um mehr als 50 Prozent.

Das Schwanden des Futters läßt sich genau verfolgen; erst befeindete man es an den Rückenteilen, des Rockes, dann an den Seiten, dann an den Vordertheilen; es konnte nicht ankleben, daß das Futter schließlich auch aus den Ärmeln verschwand, so daß heute das ungefütterte Kleid unumstritten das Feld beherrscht.

Ob die Grenze dieser Reduzierung der Frauenkleidung endlich erreicht ist? Fast soll man es glauben, denn mehr als das Futter läßt sich schließlich von einer Toilette schwer streichen.

Die Textilindustrie des bergischen Landes

hat ein nicht besonders glänzendes Jahr hinter sich. Der soeben herausgegebene Geschäftsbericht der Handelskammer zu Elberfeld stellt fest, daß trotz des kräftigen wirtschaftlichen Aufschwungs, der das abgelaufene Jahr kennzeichnet, wichtige Geschäftszweige, besonders die Textilindustrie, nur mit geringer Befriedigung auf das Jahr zurückblicken.

Die anhaltende Mode der engen Kleiderröcke beeinträchtigte den Absatz von seidenen, wollenen und halb wollenen Kleidernstoffen und Unterrockstoffen. Die Lager blieben daher ungenügend groß, die Preise bei starkem Wettbewerb unbefriedigend. Für Futpuz wurden seidenen Stoffe nur noch wenig verwendet, ebenso seidenes Band, worunter die Fabrikation dieser Artikel außerordentlich zu leiden hatte. Nicht minder nachteilig war die Mode der Verwendung von Seiden und funktseidenen Besätzen für die Garnierung der Damenkleider und -Mäntel. Beschäftigung und Preise waren infolgedessen unzureichend. Von der Preisrektion der Seiden- und Japantextilfabrikanten Deutschlands erhofft man wenigstens eine teilweise Besserung. Die Seidenstoff- und Seidenband-Industrie hatten unter zunehmendem ausländischen Wettbewerb (Schweiz und Frankreich) auf dem deutschen Markt zu leiden. Schirmstoffe und Krawattenstoffe hatten befriedigende Nachfrage. Die Fabrikation von Kunstseide fand für den Ausfall im Absatz der Seidenindustrie Ersatz in der günstigsten Entwicklung anderer und der Erschließung weiterer Verwendunggebiete. Die Futtermittelweberei fand bessere Beschäftigung, aber nicht die gewünschte Preisaufbesserung. In der Herstellung von Möbelplüsch und Möbelstoffen ließ das Ergebnis infolge scharfen Wettbewerbs sehr zu wünschen übrig. Die Knopffabrikation war von der Mode begünstigt. Ein besonders gutes Jahr hatten die Herren- und Knabentonselktion, sowie die Damenfellektion zu verzeichnen; auch die Wäsche- und Damenfellektion war fast ununterbrochen erfreut sich gesunder Fortentwicklung, während der Großhandel mit Kurzwaren und Schneiderartikeln nicht so sehr befriedigte.

Mit Bezug auf die Vorbereitung der Handelsverträge widerspricht der Bericht dem Wunsche mancher politischen Kreise, den Zolltarif als ein „Kräutlein Nüchternmichthian“ behandelt zu sehen. Die in den Produktions- und Wettbewerbsverhältnissen eingetretenen Veränderungen hatten zu ganz anderen Auffassungen über das Maß des notwendigen Zollschutzes geführt. Für manche Industrie bestanden zweifellos Härten in ungenügendem Zollschutz der eigenen Erzeugnisse oder zu hohem Schutz der notwendigen Halbfabrikate. Als Beispiel der ersteren Art nennt der Bericht aus dem Kammerbezirk die Weberei elastischer Gewebe, als solches der zweiten Gruppe die Seidenweberei im Wettbewerb mit der japanischen Seidenweberei. Der Bericht erwähnt auch kurz die Frage der Meistbegünstigung und der Reziprozität, wobei er die Meistbegünstigung zu Gunsten wenigstens teilweiser Reziprozitätsverträge etwas eingeschränkt wissen möchte.

Aus dem Verbandsgebiete.

Zur gest. Beachtung für unsere Ortsgruppenvorstände.

Bei der Zentralstelle laufen fortwährend Briefe ein, die nicht genügend frankiert, Drucksachen und Geschäftspapiere, welche entweder verschlossen, oder denen schriftliche Mitteilungen beigelegt und deshalb mit Straporto belegt sind.

Wir bitten dringend, zur Vermeidung von Straporto, bei jeder Sendung die Postbestimmungen zu beachten und die Sendungen entsprechend zu frankieren. (Siehe Portotaxe im neuen Verbandskalender.)

Ferner wird darauf aufmerksam gemacht, daß von den zum Militär einberufenen Kollegen bis jetzt nur wenige Mitgliedsbücher eingefandt sind.

Die Militärunterstützung kann statutgemäß nur solchen Kollegen gewährt werden, von denen uns das Mitgliedsbuch eingefandt und hierdurch nachgewiesen wird, daß sie bis zum Militäreintritt Mitglied des Verbandes waren.

Mit kollegialem Gruß

Die Zentralstelle.

Arbeitslosen-Berichterstattung.

Wir machen die Berichterstatter in den einzelnen Ortsgruppen darauf aufmerksam, daß am Samstag, den 25. Januar, Arbeitslosen-Stichtag für den Monat Januar war. Die an diesem Tage arbeitslos gewordenen Mitglieder sind zu zählen und über das Resultat der Zählung ist dann Bericht zu erstatten. Hierzu sind die grauen Monatskarten zu benutzen. Spätestens vier Tage nach Schluß des Monats Januar müssen die grauen Berichtskarten an die Zentrale eingefandt sein. Wir bitten die Ortsgruppen-Vorstände bezw. die Berichterstatter um rechtzeitige Einlieferung der Karten.

Das letzte Mal haben nicht berichtet:

- Bezirk Krefeld keine
- „ M. Gladbach Hahn, Wanlo
- „ Aachen Gaaren, Hergenrath, Jungsbroich, Kettenis, Stolzheim
- „ Barmen Erkrath
- „ Bocholt-Gronau Haltern
- „ Münster i. W. Bramsche, Dinklage, Ibbenbüren
- „ Hannover Delmenhorst, Dingelstädt
- „ Schlesien Irlene
- „ Sachsen Baugen, Runersdorf, Neufalsch, Plauen, Sorau
- „ Bamberg keine
- „ Augsburg keine
- „ Württemberg keine
- „ Baden Dellinggen-Brennet, Mötteln
- „ Ober-Elßaß Buhl, Erstein, Gaishausen, Metzgerl, Mosch
- „ Unter-Elßaß Rothau, St. Jürgbert.

Aus unseren Bezirken.

Arbeiterinnenagitation in M.-Glöblich.

Von Mitte November bis Mitte Dezember des verfloffenen Jahres fanden in M. Glöblich verschiedene Arbeiterinnen-Versammlungen statt, um den Gewerkschaftsgeanken zu verbreiten. Seltener ist die Agitation großzügiger vorbereitet worden. Die Ortsgruppenvorstände und die Kolleginnen in der Agitationskommission weitestfremt förmlich miteinander, um Namen und Wohnung der nach Tausend zählenden unorganisierten Arbeiterinnen ausfindig zu machen. Damit noch nicht genug; als es galt, an die ermittelten Personen Flugblätter und Einladungen zu den Versammlungen zu senden, da haben die Kolleginnen wieder staunenswerte Arbeit im Adressenschreiben und dergleichen geleistet.

Ohne diese planmäßige Arbeit wäre es unmöglich gewesen, jene Ordnung in die Versammlungen zu bringen, welche diese Agitation vor allem auszeichnete. Zunächst wurden von verschiedenen Betrieben die Zwirnerinnen und Spulerinnen, dann die Weberinnen, dann die Stöpferinnen, Köpferinnen und Egalisiererinnen und zuletzt die Spinnereiarbeiterinnen mit Versammlungen bedacht. Die Arbeiterinnen aus den Zwirnerbetrieben haben dieselben am besten besucht; doch ist das Interesse an der Gewerkschaft auch bei den Arbeiterinnen der Koppfäße gegen früher erheblich größer geworden. Allerdings nicht ohne Grund.

Ist es doch in letzter Zeit eine eigentümliche Erscheinung, daß die Lohnverhältnisse mehrfach sogenannten "Regulierungen" unterzogen werden. Einmal werden die Löhne "reguliert", weil an der Maschine etwas geändert oder verbessert worden sein soll; das andere Mal weil die neueste Musterung eine neue Garnnummer erfordert; dann ist es schon vorgekommen, daß für einen speziellen Artikel eine "Regulierung" (Lohnföhrung) angekündigt wurde, weil — angeblich — die Firma an diesem Artikel nichts verdienen könne!! Bemerkenswert ist der Fall, wo den Arbeiterinnen gesagt wurde, daß sie viel zu viel verdienen; nicht erwähnt wurde, daß dieselben aber auch bis zur Ueberanstrengung arbeiten müssen, "um so viel" zu verdienen. Bei solcherlei Vorkommnissen ist es ganz natürlich, daß die Arbeiterinnen anderen Sinnes werden. Besonders gedrückt fühlen sich jedoch jene, die noch nicht einmal eine regelrechte Lohnliste kennen. Da wuchert Mißtrauen im Arbeitsaal, wenn die Ginst und Unginst der Vorgelegten bei der Lohnzahlung uneingeschränkt zum Ausdruck kommt. Ebenso ist es mit der Berechnung von Vergütungen. Mißtrauen und Unzufriedenheit weckt auch folgende Gepflogenheit: Stücke, die um 10—20 cm kürzer sind, als Vorschrift ist, werden mit 12—13 Pfg. Lohnabzug bedacht; Stücke, die das vorgeschriebene Maß jedoch überschreiten, erhalten keine Zulage — auch nicht bei Meterlänge!

Diese und ähnliche Dinge, die dem Empfinden der Arbeiterinnen sehr nahe gehen, wurden in den Versammlungen erörtert. Es blieb jedoch nicht allein dabei; denn während der vierwöchigen Agitation waren drei Lohnbewegungen — speziell für Arbeiterinnen im Gange, von denen eine mit Erfolg beendet werden konnte. Gerade da hat es sich so recht gezeigt, daß den Arbeiterinnen ohne Organisation kein Recht widerfahren würde; daß sie sich jedoch nur durch Einigkeit und Ausdauer Einfluß zu verschaffen vermögen.

Erfolgreich, wie die Lohnbewegung war die Agitation. Viele Arbeiterinnen sind durch die erwähnten Vorkommnisse zur Einsicht gekommen; sie wollten mit den anderen einig sein und ihre Berufsfragen dem Zentralverband christlicher Textilarbeiter zur Erledigung übergeben.

Diejenigen unorganisierten Arbeiterinnen, welche den Versammlungen fern geblieben sind, werden jetzt durch die Hausagitation dem Verbandszugegeführt. So ist die sichere Gewähr gegeben, daß sich die christlich organisierten Arbeiterinnen M.-Glöblich immer mehr Geltung verschaffen. Dann auch ist bestimmte Aussicht, daß der Rückgang der Lohnverhältnisse stets verhindert daß zudem ein Fortschritt für die Textilarbeiterinnen erzielt wird.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Amerst. St. Georg. Nachdem der Winter auch mal seine Strenge gezeigt und uns Schnee und Eis gebracht hatte, war heute doch wieder sehr mildes sonniges Wetter, so recht geeignet, der Einladung zur Generalversammlung unserer Ortsgruppe Folge zu leisten. Es hatten sich denn auch zahlreiche Kolleginnen und Kollegen eingefunden, um ihr Interesse am Gewerkschaftsleben zu beweisen, denn der Stamm tüchtiger Gewerkschaftler in unserer Ortsgruppe wird immer größer. Dies ist gewiß eine Folge der in beiden Aemern eingerichteten Unterrichtskurse, worauf wir auch an dieser Stelle die noch zögernden Kollegen hinweisen möchten. Die Generalversammlung wurde vom Vorsitzenden eröffnet und die Tagesordnung bekannt gegeben, welche lautete: Quartalsbericht, Jahresbericht und Vorstandswahl. Bevor in die Tagesordnung eingetreten wurde, wurde ein Lied aus unserm Verbandsliederbuche gesungen. Sodann legte der Kassierer den Quartalsbericht vor. Bemerkenswert war darin die äußerst hohe Summe, die an Arbeitslosenunterstützung ausbezahlt worden ist, nämlich 200 M. Ein Beweis dafür, daß auch hier die Geschäftsstelle keine günstige gewesen ist. Sodann erstattete der Vorsitzende den Jahresbericht, der von reger Arbeit im verfloffenen Jahre zeugte. 11 Mitglieder-Versammlungen, 12 Vertrauensmänner- und 10 Vorstandssitzungen sind gewiß ein Zeichen der Nüchrigkeit. Der Besuch dieser Veranstaltungen, so sagte der Bericht, könne aber im Großen und Ganzen nicht befriedigen, hierauf müsse noch ganz besonders hingearbeitet werden. Interessant war das Ergebnis über die im Berichtsjahre ausgewählten Unterstützungen. So wurde an Arbeitslosenunterstützung ausgezahlt 499,90 M., Krankenunterstützung 262,90 M., Reiseunterstützung 3,18 M., Sterbeunterstützung 30 M. Dies ist ein Beweis dafür, daß der Verband auch nach dieser Seite hin keinen Mitgliedern etwas bietet, um sie in Zeiten der Not

über Wasser zu halten. Mit dem Wunsche, daß sich alle Mitglieder im neuen Jahre ihrer Organisation nach besten Kräften widmen möchten, schloß der Vorsitzende seinen Jahresbericht. Dann wurde zur Vorstandswahl geschritten, nachdem der Vorsitzende auf die Wichtigkeit derselben hingewiesen hatte. Es schied aus dem Vorstande aus, der Schriftführer und zwei Beisitzer. Der Schriftführer, Kollege Heintz, wurde wiedergewählt. Als Beisitzer wurden neu gewählt die Kollegen Peter Wünnen und Cornelius Gieseler. Hierauf hielt der Vorsitzende des hiesigen Ortskartells noch einen kleinen Vortrag über unsere nächsten Aufgaben. Von einem Kollegen wurde dann noch hingewiesen auf den am 27. Januar zum 54. Male wiederkehrenden Geburtstag Sr. M. des Kaisers. Als national gesinnte Arbeiter könnten wir uns nur freuen, daß wir einen Kaiser hätten, der auch ein Herz für die Arbeiter hätte. Darauf wurde mit Begeisterung das Lied gesungen, "Heil dir im Siegerkranz". Sodann hielt der Vorsitzende das Schlußwort, in welchem er noch einmal alle zu eifriger Arbeit im Dienste der Gewerkschaftsangelegenheiten. Besonders die Mitglieder der Agitationskommission müßten mit erneuter Kraft an die Werbearbeit gehen. Unsere bisherige Arbeit habe uns schon einige Neuaufnahmen gebracht, ein Beweis dafür, daß wir nicht vergebens gearbeitet hätten. Wünschend, daß unserer nächsten Arbeit noch mehr Erfolg beschieden sein möge, schloß der Vorsitzende dann die so schön verlaufene Versammlung.

Agenbach. Ein Krebschaden unter der hiesigen arbeitenden Bevölkerung ist das leidige Bumpsystem beim Wareneinkauf. In jedem Geschäft führen Kunden und Kaufmann ein Schuldbüchlein, in dem die gekauften Waren "angekredet" werden. Um diesem Uebelstande abzuhelfen, hat sich unsere Ortsgruppe mit den Kaufleuten in Verbindung gesetzt, um allenthalben die Verzählung zu erzielen.

In unserer Generalversammlung am 18. Januar kam Kollege Ernst Rümmele in seinem Vortrage "die Frau im Haushalt" auf diese Dinge zu sprechen. Er wies darauf hin, daß es um den Arbeiter schlecht gestellt ist, wenn am Zahltag der Lohn schon verfallen ist, bevor ihn der Arbeiter in den Händen hat; daß der Arbeiter niemals ein ganz freier Mensch ist, wenn er immer von einigen Geschäftsleuten abhängig ist; daß diese nicht auf ihre Rechnung kommen würden, wenn sie nicht einige besondere Schreib- und Kreditpennige auf die Ware draufschlagen. Hossentlich wirkt der Vortrag im Sinne unserer Bestrebungen. Die Vorstandswahlen hatten folgendes Ergebnis: Vorsitzender Adolf Siebel, zweiter Vorsitzender Joseph Hierholzer, Schriftführerin Anna Weiskopf.

Wocholt. (Jahresbericht.) Auch im gewerkschaftlichen Leben ist es notwendig, von Zeit zu Zeit Rückschau zu halten, um zu prüfen und zu überlegen. In den Generalversammlungen haben die Mitglieder Gelegenheit, sich die Arbeit, Mühen und Erfolge des verfloffenen Jahres erneut vor Augen zu führen.

Aus der Rechnungsablage und dem Geschäftsbericht, welche am 12. Januar in unserer Generalversammlung erstattet wurden, können wir die erfreuliche Tatsache mitteilen, daß unsere Ortsgruppe im Jahre 1912 nach mehreren Nichtigungen hin Erfolge zu verzeichnen gehabt hat. Die Einnahme für die Zentralkasse betrug 13 155,50 Mark. An Unterstützungen wurden den Mitgliedern 2036,55 Mark ausbezahlt. Die Ortsgruppenkasse hatte zu Anfang der Berichtszeit einen Bestand von 509,62 Mark, welcher inklusive Lokalbeiträge zu Ende des Jahres auf 1650,08 Mark angewachsen ist. Die Mitgliederzahl ist im Laufe des Jahres um 100 gestiegen. Diesen Erfolg wird der, der die Schwierigkeiten in der Agitation am Orte kennt, gewiß anerkennen.

Ein ganz besonderes Hemmnis in der Agitation bildet hier die in einigen Betrieben, besonders in den Spinnereien, beschäftigte holländische Arbeiterschaft. Circa 600 Personen kommen jeden Tag per Rad und Bahn, um hier Arbeit und Verdienst zu suchen. Leider ist ein großer Teil dieser Arbeiterschaft sich seiner lohndrückenden Konkurrenzarbeit nicht bewußt und hat auch sehr wenig Verständnis für Solidarität. Im Sommer des Berichtsjahres haben wir besondere Anstrengungen gemacht, im nahen holländischen Grenzorte Valken eine Zahlstelle zu gründen. Wenn auch aus verschiedenen Gründen keine Zahlstelle errichtet werden konnte, so radelt doch jeden Sonntag unser Vertrauensmann über die Grenze, um die gewonnenen Kollegen und Kolleginnen zu bedienen.

Beachtenswert ist auch die rege Tätigkeit im Versammlungswesen. Im ganzen sind 15 Mitglieder-Versammlungen, 2 öffentliche Versammlungen, 80 Fabrikversammlungen und Betriebskommissionssitzungen, 19 Vorstandssitzungen, 19 gemeinsame Vorstandssitzungen, Vertrauenspersonen- und Agitationsversammlungen abgehalten worden. Während die Fabrikversammlungen, von einigen Fällen abgesehen, gut besucht waren, muß doch bemerkt werden, daß die Mitglieder-Versammlungen im Besuch viel zu wünschen übrig lassen. In vier Betrieben konnten direkte Lohnerhöhungen in Höhe von 5—15 Prozent errungen werden. Auch in manchen anderen Betrieben konnten Mißstände abgeklärt und Verschlechterungen abgewehrt werden.

Leider gibt es auch in Wocholt noch Arbeiter resp. Arbeiterinnen, die glauben, durch "milde" Streiks ihren Wünschen Geltung verschaffen zu können. Im Sommer 1912 verühten zuerst die unorganisierten Spulerinnen der Firma S. A. Weyl u. Sohn durch plötzliche Arbeitseinstellung ihren Wünschen Nachdruck zu verleihen, welches aber gänzlich mißlang. Als jedoch der Arbeiterausschuß später in dem Betriebe, wo unsere Organisation immerhin einige Bedeutung hat, mit der Firma über die Wünsche der Spulerinnen verhandelte, wurden dieselben zum großen Teile bewilligt. Die Spulerinnen haben durch Anschlag an die Organisation das Zeugeneis zu wahren gesucht. Ein anderer "milder" Streik brach unter der Arbeiterschaft der Firma Gebr. Braunschweig aus, welcher keinerlei Erfolge zu verzeichnen hatte. Diese Firma hat ihrer Arbeiterschaft noch in der vorigen Woche den Beweis ihres "Wohlmollens" dadurch erbracht, daß einfach per Anschlag bekanntgegeben wurde, den Köpferinnen wäre eine größere Lohnreduzierung "gewährt" worden. Ob diese Arbeiterinnen wohl fühlen, daß sie ein Spielball sind in den Händen des Arbeitgeber? Ob die übrige dort beschäftigte Arbeiterschaft wohl den Weg zur Organisation findet? Oder wird sich auch erst an ihnen das Sprichwort bewahrheiten müssen: "Wer nicht hören will, muß fühlen!"

Dann verdient der Unterrichtskursus unserer Ortsgruppe besondere Beachtung. Die Teilnehmerzahl, welche zum großen Teil aus jungen Kollegen und Kolleginnen besteht, betrug an 26 Unterrichtsabenden durchschnittlich 35. Ein Lokalschulstag der zum 1. Juli in unserer Ortsgruppe erhoben wurde, hat unsere Agitationsarbeit im Frühjahr 1912 wohl etwas aufgehalten, weitere Schwierigkeiten sowie Ausritte haben wir aber deswegen so gut wie keine zu verzeichnen gehabt.

Auch in Sachen der Fleischsteuerung hat die Arbeiterschaft in Wocholt es nicht nach "Genossenart" mit Schreien und Schimpfen bewenden lassen. Der Ausschuss für soziale Angelegenheiten hat durch eine Kommission den Schweinefleischverkauf in eigene Regie übernommen und so ganz gewiß preisdrückend gewirkt. Diese Maßnahme, die von Gewerkschaftlern und Mitgliedern der konfessionellen Arbeitervereine durchgeführt wurde, hat nicht nur bei der Arbeiterschaft, sondern auch bei den anderen Ständen hiesiger Bevölkerung Anklang gefunden. Ganz bestimmt darf wohl behauptet werden, daß diese Aktion der Allgemeinheit in Wocholt mehr genutzt hat, als all das Geschrei über die Steuerung in sozialdemokratischen Zeitungen und Versammlungen zusammen.

So wollen wir denn am Schluß des Jahresberichtes allen Mitgliedern zurufen: Mit Gottvertrauen und gutem Willen an die Weiterarbeit! Dann werden wir auch weiter zum Segen der Mitglieder und der Allgemeinheit wirken können.

Im Vorstand unserer Ortsgruppe ist in sofern eine Aenderung eingetreten, als für die ausscheidenden Vorstandsmitglieder Joseph Steverding, Bernh. Klein-Vorholt, Josefine Wollbring und Luise Joormann, die Mitglieder Bernh. Bernicke, Ida Wfs und Maria Wollbring neu gewählt wurden. An Stelle des ausscheidenden und eine Wiederwahl ablehnenden Vorsitzenden Johann Mienhaus wurde Kollege Hecke gewählt.

Ettingen (Albtal). Eine gut besuchte Versammlung unserer Ortsgruppe fand am 12. Januar im Gasthaus "Zum Watzberg" statt. Der erste Vorsitzende, Th. Kiefer, leitete sie. Kollege Oskar Rümmele hielt einen Vortrag über Mitgliederrechte und -pflichten. Er erklärte auch die einzelnen Paragraphen des Statuts. In seinem Schlußwort forderte er die Anwesenden auf, die Verbandszeitung zu lesen und auch in Zukunft die Versammlung eifrig zu besuchen, was auch in der darauffolgenden Diskussion von einem Kollegen den Mitgliedern dringend ans Herz gelegt wurde. In der Versammlung konnten wieder mehrere Neuaufnahmen gemacht werden, sodaß die Mitgliederzahl nahezu hundert erreicht hat.

Nach einem Schlußwort des ersten Vorsitzenden wurde die Versammlung geschlossen. Eine paar schöne Volkslieder hielten die Mitglieder noch auf kurze Zeit beisammen.

Hausen i. Wiesental. Unsere Generalversammlung am 8. Januar war gut besucht. Aus dem Rechenschaftsbericht des Kassierers und dem Geschäftsbericht des Vorsitzenden war zu ersehen, daß die Tätigkeit im verfloffenen Jahre eine rege war und unsere kleine Ortsgruppe sich gut gehalten hat. Als Vorsitzender wurde der Kollege Baumgartner und als Schriftführer der Kollege Gertel einstimmig wiedergewählt. Als Vertrauensperson wurde die Kollegin Marie Dießche neugewählt. Nachdem hielt uns der Bezirksleiter, Kollege Rümmele, noch einen Vortrag über "Unsere Aufgaben in der nächsten Zeit". In der anschließenden Diskussion wurde zur Agitation aufgefordert.

Heidenheim. Unsere Generalversammlung erfreute sich eines guten Besuches der Mitglieder, auch waren einige Unorganisierte anwesend, welche aufgenommen werden konnten. Aus dem Geschäftsbericht war zu ersehen, daß die Ortsgruppe im vergangenen Jahre recht rüthig gearbeitet hatte. Schriftführer und Kassierer hatten die Protokolle tadellos geführt. Bezirksleiter, Kollege Kammerer, referierte in 3/4stündiger Vortrage über die Beschlüsse der Elberfelder Generalversammlung und gab am Schluß noch eine Anzahl praktische Winke für die bevorstehende Hausagitation. Folgende Resolution fand darauf einstimmige Annahme:

Die heute im Lokal "König Karl" stattgefundene Generalversammlung beschließt: "Es wird jedem Verbandskollegen und jeder Kollegin zur Pflicht gemacht, bis zur nächsten Versammlung die Adressenformulare auszufüllen und auf dem Gebiete der Hausagitation sein möglichstes zu tun, um die unorganisierten Arbeiter und Arbeiterinnen dem christlichen Textilarbeiterverbände zuzuföhren."

Bei den darauffolgenden Wahlen ergab sich, daß alle Kollegen, welche bisher ein Amt innehalten, dieses auch wieder annehmen. Entsprechend der höheren Mitgliederzahl wurde der Kollege Schaber als zweiter Vorsitzender hinzugewählt. Nach abgängen eines gemeinschaftlichen Liedes wurde die Versammlung mit einem begeistert angenommenen Hoch auf die christliche Gewerkschaftsbewegung geschlossen.

Lörrach. Gut besucht war unsere Generalversammlung vom 29. Dezember. Die Vorstandswahlen hatten folgendes Ergebnis: erster Vorsitzender Kollege Ludwig Herr; zweiter Vorsitzender Kollege Locher; Kassierer Kollege Strübig; Schriftführer Kollege Ludwig Mutter-Stetten; Beisitzer Kollegin Lisa Suhr, Kollegin Frieda Huber und Kollege Karl Schmidt. Nachdem sprach Kollege Rümmele über die Bewegung der Bergarbeiter im Saargebiet. Alsdann forderte unser neuer Vorsitzender, Kollege Herr, alle Mitglieder noch auf, an dem Ausbau unserer Ortsgruppe Lörrach recht eifrig mitzuarbeiten und nicht alles dem Vorstand zu überlassen. Wenn jeder Kollege und jede Kollegin sich bemüht, auch nur ein Mitglied im Verlaufe des ganzen Jahres zu gewinnen, dann haben wir bis zur nächsten Generalversammlung die doppelte Mitgliederzahl. Beschlossen wurde noch, in Zukunft öfters besondere Versammlungen im Ortssteil Stetten abzuhalten. Wir bitten unsere Stettener Mitglieder nur, dann auch immer vollzählig zu erscheinen.

Lörrach. Auf einen wohlgeklungenen Familienabend, der am 12. Januar stattfand, kann unsere Ortsgruppe zurückblicken. Um 8 Uhr war das Lokal dichtgedrängt voll. Die Kollegin Rosa Kunzer trug den Prolog "Die christlich-nationale Bewegung" recht frisch vor. Kollege Herr begrüßte die Erschienenen und dankte allen für die vielen gespendeten Sachen zum "Gebentempel". In seiner Festrede wies Kollege Rümmele auf die Ideale des organisierten Arbeiters hin und forderte zu rastlosem Streben auf. Im Mittelpunkt des Abends stand denn der Lichtbildervortrag über die Balkanstaaten Montenegro, Serbien, Rumänien und über Konstantinopel, wobei die Anwesenden mit großem Interesse folgten. Ein Duett "Die beiden Klatschbasen" wurde von den Kolleginnen, Thomann und Wachner, gut dargelegt und löste viel Heiterkeit aus. Auch die Kollegin Brutter fand mit ihrem Vortrag vom Michel viel Beifall, ebenso die Kollegin Wäzmer mit dem Gedicht "Der Bettler". Zwischenhinein wechselten Gesang- und Musikvorträge miteinander ab. Auch an dieser Stelle sei dem Zitherklub und dem Sängerkorps Konfordia für ihre schönen Darbietungen bestens gedankt.

Biel Interesse und oft auch Heiterkeit rief zum Schluß die Gabenverlosung hervor. Mancher glückliche Gewinner zog schwerbeladen mit schönen und nützlichen Gegenständen nach Hause. Wer "Nieten" zog, tröstete sich an der Freude anderer. Auch den arbeitseifrigen Kolleginnen, die mit viel Liebenswürdigkeit die 1000 Lose "an den Mann" brachten,

sei unser Dank ausgesprochen. Mit dem finanziellen Ergebnis kann unsere Ortsgruppe sehr zufrieden sein. Die Lokalkasse erfährt dadurch eine sehr erwünschte Stärkung. Eine große Ehre für unsere Ortsgruppe war es auch, daß wir einen lieben Gast, den hochw. Herrn Stadtpfarrer Haller begrüßen konnten. Indem er unserer Einladung Folge leistete, hat er bewiesen, welche großen Sympathien er unserer christlich-nationalen Arbeiterbewegung entgegenbringt. Herr Stadtpfarrer Schulz, der verhindert war zu erscheinen, ließ sich entschuldigen. Möge der Abend reiche Früchte tragen für unsere Bewegung.

Schlattenbach (Albtal). Die von der hiesigen Ortsgruppe des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter am 18. Januar abgehaltene Mitgliederversammlung war stark besucht. Kollege Oskar Kummel hielt einen Vortrag über „Soziale Wahlen und Arbeiterbewegung“. Die Mitglieder folgten mit großem Interesse diesen Ausführungen. Nach der Rechnungsablage vom letzten Quartal wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Bei der Ergänzungswahl des Vorstandes wurden noch vier Kolleginnen als Beisitzerinnen gewählt, die Revisorenwahl wurde vertagt. Zum Schluß wurden noch mehrere Lieber gesungen, worauf die Mitglieder mit frohem Herzen und neuer Begeisterung nach Hause gingen.

Volkswirtschaftliches und Soziales.

Die Zunahme der Frauenarbeit in der Industrie. Die Jahresberichte der Gewerbeaufsichtsbeamten und Bergbehörden veröffentlichten Zusammenstellungen über Alter und Geschlecht der in der Industrie verwendeten Arbeitskräfte, aus denen die Zunahme der gewerblichen Frauenarbeit erkenntlich ist. Allerdings geben die dort erhaltenen Zahlen keine erschöpfende Darstellung der verwendeten weiblichen Arbeitskraft, weil mit dem Inkrafttreten der Novelle zur Gewerbeordnung vom Jahre 1908 der Begriff „Fabrik“ in Fortfall gekommen ist und jetzt sich die Erhebungen nur auf alle Betriebe mit mindestens 10 Arbeitern erstrecken. Eine große Zahl kleinerer Betriebe bleibt daher unberücksichtigt. Ein Vergleich in bezug auf die Verwendung weiblicher Arbeitskräfte ist daher auch nur mit dem Jahre 1910 möglich. Fast 1 1/2 Millionen Mädchen und Frauen waren im letzten Betriebsjahr in den von der Statistik erfaßten Betrieben tätig. Von diesen waren unter 14 Jahren 5970, zwischen 14 und 16 Jahren 172 535, 16 und 21 Jahren 513 685 und darüber 805 997. Von den Kindern unter 14 Jahren entfällt fast die Hälfte auf die Textilindustrie und etwa ein Fünftel auf die Bekleidung. Unter den jungen Mädchen im Alter bis zu 16 Jahren weisen die größten Zahlen auf die Textilindustrie mit 54 000, die Bekleidung mit 44 000 und die Nahrungs- und Genussmittel mit 20 000. Diese Industrien beschäftigen auch in den beiden anderen Altersgruppen die größte Zahl von Frauen, nämlich 439 000 die Textilindustrie, 214 000 die Bekleidungs- und 181 000 die Nahrungs- und Genussmittelindustrie. Am geringsten ist die weibliche Arbeitskraft im Baugewerbe (Zimmerplätze und andere Bauhöfe); immerhin werden auch dort 30 Arbeiterinnen im Alter von 14 bis 16 Jahren gezählt. Die Zunahme der gewerblichen Arbeiterinnen insgesamt gegenüber dem Vorjahre beläuft sich auf 58 000.

Die Einwanderung in den Vereinigten Staaten von Amerika im Fiskaljahre 1912. Nach einer Zusammenstellung in den Vereinigten Staaten von Amerika sind im Fiskaljahre 1912 insgesamt 838 172 Personen eingewandert. Dieser Einwanderung stand aber eine Auswanderung von 333 262 Personen gegenüber. Auf 100 Einwanderer kamen 39,8 Auswanderer. Dabei sind auf beiden Seiten die sogenannten Besuchsäfte, die Personen, die nur vorübergehend nach Amerika kamen oder Amerika verließen, nicht mitgezählt. Unter den Eingewanderten standen 724 472 oder 86 Prozent im Alter von mehr als 14 Jahren. Von den Eingewanderten im Jahre 1912 konnten 14 Prozent weder lesen noch schreiben, doch nimmt der Prozentatz der Analphabeten unter den Einwanderern ständig ab. Im Jahre 1908 betrug der Anteil der Analphabeten noch 30 Prozent. Die meisten Einwanderer stellten Rußland mit 162 395 Personen, dann folgen Italien mit 157 134, Ungarn mit 93 028 und Österreich mit 85 854 Personen. Die fünfte Stelle hatte England; Deutschland kam mit 27 788 Einwanderern an sechster Stelle. An der Landung verhindert oder ausgewiesen wurden 16 057 Einwanderer; bei 8182 Personen war als Grund angegeben, daß sie voranschreitend dem amerikanischen Gemeinwesen zur Last fallen würden.

Briefkasten.

Berichtigung. In der Kolis-Landkreisliste in den „Industrieblätter“ in der vorigen Nummer dieser Zeitung ist beim Umbrechen des Satzes eine Zeile unvollständig worden. Es muß heißen: „Die Konserwativen haben damals drei Kassenart mit ihrer besonders niedrigen Leistungen, mit ihrem miserabel schlechten Wahlrecht verlangt.“
G. R. Oskar Kummel ist ein Bruder unseres Bezirksleiters. Er ist Mitglied unseres Verbandes aber nicht freigeschickt. — Maria Hahn ist seit Jahren Mitglied bei uns.
Auswaschen. Weil Sie zu feige waren, Ihren Namen zu nennen, wundert Ihre Aufschrift in den Papierkorb.
Generalversammlungsberechtigter. Zur Zeit ergießt sich wieder eine Flut von Generalversammlungsberechtigten über die Redaktion. Dem in der Regel den Berichten beigefügten Wunsch, die Aufschrift in der nächsten Nummer zu veröffentlichen, kann nunmehr entsprochen werden.

Versammlungskalender.

- Brehell. 9. Februar, 6 Uhr, im Lokale von Fußangel, Generalversammlung.
- Cottbus. 8. Februar, im evangelischen Vereinshaus.
- Teilmehorst. 1. Februar, 8 Uhr, bei Dettermann.
- Düren. 9. Februar, 11 Uhr, im Lokale zum Franziskaner, Jahres-Generalsversammlung.
- Egenrot. 1. Februar, 1/8 Uhr, im Gasthaus zum Hirsch, außerordentliche Mitgliederversammlung.
- Guchenheim-Wilfkirchen. 9. Februar, 5 Uhr, bei Schöder-Guchenheim, Generalversammlung.
- Hirschfeld. 2. Februar, 11 Uhr, bei Ludwig Fint, Generalversammlung.
- M. Glabbach-Blumenberg. 9. Februar, 6 Uhr, bei Josef Nieben, Blumenbergstraße, Generalversammlung.
- M. Glabbach-Girken. 9. Februar, 5 1/4 Uhr, im Lokale von M. Schnock (früher Canter), Gidenhöhe, Generalverslg.
- Pinsbeck. 9. Februar, 5 1/2 Uhr, bei Ww. Fahnen.
- Pöfen. 9. Februar, 5 Uhr, im Lokale von Förster, Generalversammlung.
- Rambrecht. 10. Februar, 1/9 Uhr, im Lokale Jakob Becher Witwe, außerordentliche Versammlung.
- Nieuker. 9. Februar, 11 1/2 Uhr, bei Joh. Sickmann, Generalversammlung.
- Ochtrup. 1. Februar, 8 Uhr, monatliche Abrechnung der Vertrauensmänner.
- Schießbahn. 9. Februar, 6 Uhr, bei Heinz. Kaiser, Generalversammlung.

Hüls. Konsumgenossenschaft „Eintracht“, e. G. m. b. H. Hüls. Sonntag, den 9. Februar, nachmittags 5 1/2 Uhr Generalversammlung beim Wirten Joh. Pils. Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht pro 1912, 2. Genehmigung der Bilanz und Entlastung des Vorstandes, 3. Beschlußfassung über Gewinnverteilung, 4. Ergänzungswahl für Vorstand und Aufsichtsrat, 5. Wahl der Rechnungs-Prüfungs-Kommission, 6. E. ledigung eingegangener Anträge. Etwaige Anträge zu dieser Versammlung müssen bis zum 6. Februar an den Unterzeichneten schriftlich eingereicht sein.

Der Aufsichtsrat.

(M. 2,40) S. A.: Heinz. Rams, Vorsitzender.

Bilanz

der Konsum- und Produktionsgenossenschaft „Selbsthilfe“, e. G. m. b. H. zu Marktirch.
Nach dem Art. 33 des Genossenschaftsgesetzes veröffentlichten wir hiermit die Bilanz vom 30. September 1912, genehmigt von der Generalversammlung vom 20. Oktober 1912.

Aktiva.		Passiva.	
Grundeigentum		Geschäftsanteil	5 691,20 M.
amort. 2% 18 938,94 M.		Reservefonds	1 879,67 "
Mobilar		Obligation	20 000,00 "
amort. 5% 2 653,06 "		Guthaben der	
Warenbestand		Lieferanten	2 938,58 "
amort. 2% 4 743,35 "		Sonst. Kreditoren	1 587,20 "
Raffenbestand		Reingewinn	2 693,01 "
einchl. Bankguth. 3 723,01			
Sonst. Guthaben 60,00			
Debitoren			
amort. 2% 4 671,40			
	34 789,76 M.		34 789,76 M.
Zahl der Genossen am 30. September 1911	155		
Im Laufe des Jahres eingetreten	8		
	Zusammen 163		
Ausgetreten 9, verstorben 4, gestorben 1	14		
Zahl der Genossen am 30. September 1912	149		
Geschäftsanteile	163		
Gesamthaltsumme	6520 M.		

Marktirch, den 24. Januar 1913.

Der Vorstand: Charles Andrie, Vorsitzender. Jules Berret, Schriftführer. Ludwig Klück, Kassierer.

Der Aufsichtsrat: Eugen Meyer.

Sterbe-Tafel.

Es starben die Verbandsmitglieder:

- Franz den Onden in Ochtrup.
 - Katharina Wieschen in Sorken.
 - Anian Schnitzelbaumer in Kolbermör.
 - Xaver Flachsmayer in Kempten.
 - Stephan Heuf in Söchteln.
 - Wilhelm Theisen in Rheindahlen.
 - Franz Dietrich in Hannover-Linden.
 - Jakob Korr in Walheim.
 - Johann Derichs in Neuwerk.
 - Cäcilia Müller in Bobingen.
- Ehre ihrem Andenken!

Literarisches.

Die Webererei. Von Professor Ernst Gräbner. Mit 704 Abbildungen. Preis gebunden 7 50 M. (Leipzig 1912, Dr. Wag. Jänede, Verlagsbuchhandlung). Die Herstellung der verschiedensten Textilerzeugnisse geschieht heute in der Regel durch Webstuhlbetrieb, nur in einzelnen Fällen findet man noch die Handwebererei im Hausbetrieb vor. Durch den Webstuhlbetrieb wird die Produktion erhöht, die Verkaufspreise sinken und die wesentlich gesteigerte Produktion zwingt zum Aufsuchen neuer Absatzgebiete. Die dadurch entstehende scharfe Konkurrenz, wie auch die wechselnden Ansprüche und der verfeinerte Geschmack fordern dazu an, die Leistungs-

fähigkeit fortgesetzt zu erhöhen, wodurch ein Spezialisieren der Betriebe stattfindet. Nicht nur der Fabrikant, sondern auch die höheren und niederen Beamten bis zum letzten Arbeiter herab werden Spezialisten, die ihre Tätigkeit aber erst dann erfolgreich gestalten können, wenn sie über gute allgemeine Textilkennntnisse verfügen. Nur ein gutes Ineinandergreifen aller Faktoren gewährleistet den Erfolg, der nur dort auf die Dauer möglich ist, wo Fabrikant und Angestellte eine gute textile Allgemeinbildung haben. Diese zu vermitteln ist der Zweck vorliegenden Werkes, aus dessen reichem Inhalt nur das Wichtigste hervorgehoben werden kann. Der erste Teil befaßt sich mit den Textiltrohhoffen. Er beginnt mit den mineralischen Rohstoffen, Asbest, Glas und Metalle, behandelt dann die pflanzlichen Rohstoffe, (Baumwolle, Kapok, Flach, Hanf, Jute, Kessel, Kolosfaser, Stroh, Holz, Kautschuk, Torf usw.) und geht dann über zu den tierischen Rohstoffen. Dieser Teil befaßt sich mit den Eigenschaften und der Behandlung der Wolle für die Streckgarn- und Kammgarnspinnerei, unterrichtet uns weiter über die Kunstvollgarne, ferner über die Seiden, Kunstseiden und die Untereidungsmerkmale der vielen verschiedenen Gespinste. Der zweite Teil gibt Auskunft über die verschiedenartigen Nummerierungen der Garne, bringt ferner die in der Fabrikation am meisten zur Verwendung kommenden Berechnungen für den Materialbedarf an Ketten und Schuß und die Berechnungen für die Herstellung der Gewebe. Der dritte Teil behandelt die Fadenverkreuzung (Bindungsarten). Zunächst werden die Unterscheidungsmerkmale der Textilerzeugnisse besprochen, dem allgemeine Ausführungen über die Bindungslehre der Webwaren folgen. Dann schließen sich an ausführliche Kapitel über die Grundbindungen (Leinwandbindungen, Köperbindungen, Atlasbindungen) abgeleitete Bindungen (Ripsbindung, Würfelbindung, unreine Atlasbindung), das Neuordnen der Köperbindungen, durchbrechende, ineinandergeschobene, aneinandergelagerte, oder zusammengelegte schachbrettartige, geschmückte oder Fantasiebindungen, schattierende Bindungen, ferner über Musterungen durch verschiedenfarbiges Material, über die Garndrehung und deren Einfluß auf das Aussehen der Gewebe, den Blatteinzug und die Hochschußbindungen. Ein weiterer reichhaltiger Abschnitt befaßt sich mit den Bindungen mit mehr als einer Ketten- oder Schußsorte, aus dem wir nur folgende Abteilungen hervorheben wollen: Doppelstoffbindungen mit fester Verbindung, dieselben mit Steppfäden, drei und mehrfache Gewebe in fester Verbindung, dieselben als Warenwechsel, Bindungen für lanierte und brochierte Gewebe, damastähnliche Gewebe, Damastgewebe, Damastgewebe, Bindungen für Samt- und Büschgewebe, Doppelfant und Doppelpflüch, Moquette- und Teppichbindungen, doppelgewebte Moquettes, Erkennungszeichen für Doppelmoquettes, Schafidoppelmooquettes, Armliser- und Smyrna-teppiche, Obelinge, Schling- oder Dreherbindungen, Jacquarddreher, Scheindreherbindungen, Häfelstabmuster, Schlingen der Jacquardarten, Kartenschlag für die Hodgson-Schaftmaschine. Im vierten Teil werden die für die Vorbereitung der Ketten- und Schußgarne vorzunehmenden Arbeiten, Spulen oder Treiben der Ketten, Garnen, Scheren, Leimen oder Schlichten der Ketten, Aufbäumen der Ketten und das Spulen des Schußgarnes beschrieben. Der fünfte Teil behandelt das Weben selbst und die Vorbereitungen dazu. Erwähnt seien nur die Abschnitte über das Einziehen oder Andrehen der Fäden, Aufspannen oder Ablassen der Kette, Bewegung der Kettenfäden bei Schaf- und Jacquardwebstühlen, Eintragen und Anschlagen des Schusses, Wechseln der Schützen, Aufwickeln der fertigen Ware, Breithalten der Ware, Herstellung von Brochiergeweben, ferner der Antrieb des mechanischen Webstuhles, Webstühle mit automatischer Schützen- und Spulenauswechslung, Kettenfadenwächter mit Lamellen, Kettenfadenwächter (elektrisch) 704 Klare und sehr gut wiedergegebene Abbildungen erleichtern das Verständnis des Textes und ein sehr reichhaltiges alphabetisches Sachregister ermöglicht ein rasches Auffinden einzelner Textstellen, sodaß das Buch auch als Nachschlagewerk für die Praxis hervorragend geeignet ist. Zu den Vorzügen des Inhaltes gesellen sich eine gute Ausstattung und ein mäßiger Preis, sodaß das Buch allen Interessenten aufs wärmste empfohlen werden kann.

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Der „Textilarbeiter“ auf dem Kriegspfade gegen unseren Verband. — Arbeitsverhältnisse in den Baumwollspinnereien. — Die industriellen Produktivkräfte Deutschlands. — Reichssozialpolitik. — Der positive Regulator. — Feuilleson: Aus der ältesten Geschichte des Seidenbaues und des Seidengewerbes. — Allgemeine Rundschau: Hat der Gewerkschaften christlicher Bergarbeiter im Saarrevier einen Erfolg erzielt? — Und liebend ruft er sie zurück...! — Ein großer Kampf im Holzgewerbe. — Förderung der Selbst in der Textilindustrie. — Aus einer gelben Textildomäne. — Eine wichtige Entscheidung über den Begriff „Invaldität“. — Wie verteuert der Zwischenhandel die Waren. — Ein sozialdemokratisches Verzeihen. — Die Treue ist dennoch ein leerer Lohn. — Im Reichstage. — Aus unserer Industrie: Papier als Ersatz für Jute. — Ueber die Krefelder Seidenindustrie im Jahre 1912. — Gute Aussichten der schlesischen Leinenindustrie für 1913. — Die Mode als Konjunkturfaktor. — Die Textilindustrie des bergischen Landes. — Aus dem Verbandsgebiete: Zur aest. Beachtung für unsere Ortsgruppenvorsitzende. — Arbeitslosen Berichterstattung. — Aus unseren Bezirken: Arbeiterinnenagitation in M. Glabbach. — Berichte aus den Ortsgruppen: Amsen St.-Georg. — Azenbach. — Bocholt. — Gillingen (Albtal). — Hausen i. Wiesental. — Heidenheim. — Sörsch. — Schlattenbach (Albtal). — Volkswirtschaftliches und Soziales: Die Zunahme der Frauenarbeit in der Industrie. — Die Einwanderung in den Vereinigten Staaten von Amerika im Fiskaljahre 1912. — Briefkasten. — Versammlungskalender. — Anzeigen. — Sterbe-Tafel. — Literarisches.